Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291. Mittwoch, den 12. Dezember 1917. 24. Jahrg.

Arbeitskammern.

Von Robert Schmidt.

Zu den sozialpolitischen Aufgaben, die gegenwärtig in den Vordergrund des Interesses gerückt sind, gehört u. a. die Errichtung von Arbeitskammern. Es handelt sich dabei um eine alte Forderung der Arbeiter. Sie ist von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt im Reichstage erhoben worden und erhielt ihre erste Formulierung in dem Arbeiterschutzgesetz-Entwurf der sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1885. Die Regierung hat ihre anfänglich ablehnende Haltung in der Frage aufgegeben; sie hat auch zweimal einen Gesetzentwurf auf Schaffung einer gesetzlich anerkannten Arbeitervertretung dem Reichstag vorgelegt. Der letzte Entwurf scheiterte an dem Widerstande der Regierung, der die Beschlüsse des Reichstages zu weit gingen. Im wesentlichen handelte es sich um die höchst kleinlichen Streitfragen, ob Arbeitersekretäre in die Arbeitskammer gewählt werden dürften und ob die Arbeitskammer sich auch auf die Angestellten in staatlichen Betrieben erstrecken sollte.

Da nunmehr die Frage der Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeiter wieder aktuell geworden ist und die Regierung ihren Widerspruch in den oben erwähnten Fragen aufgegeben hat, erschien es angebracht, daß die interessierten Kreise ihre Wünsche in präziser Form zum Ausdruck bringen. Das ist inzwischen geschehen. Es sind die sämtlichen Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zusammengetreten, um — unter Anlehnung an den ehemaligen Regierungsentwurf — eine Neuformulierung des Gesetzes durchzuarbeiten. Diese Neugestaltung des Gesetzentwurfes soll dem Reichstag unterbreitet werden und bei der Einstimmigkeit, mit der in dieser Frage die Wünsche in Arbeiter- und Angestelltenkreisen erhoben werden, ist anzunehmen, daß diesen Wünschen nunmehr Rechnung getragen werden wird.

Aus dem Inhalt des ausgearbeiteten Entwurfs mögen folgende, von dem alten Arbeitskammer-Gesetzentwurf grundsätzlich abweichende Forderungen hier hervorgehoben werden: Der neue Entwurf hebt die Bildung der Arbeitskammern nach Berufen auf und fordert die Bildung nach Bezirken. Dabei soll der Berufseigentümlichkeit dadurch Rechnung getragen werden, daß die Kammern für die einzelnen Gewerbezweige, für Land- und Forstwirtschaft, für technische und kaufmännische Angestellte, besondere Abteilungen bilden. Der Organisation ist durch diese Aenderung eine breitere Grundlage gegeben und ein umfassendes Gebiet zu praktischer Wirksamkeit eröffnet. Natürlich sollen auch die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Arbeitskammern angeschlossen werden. Es bleibt also keine Berufsgruppe außerhalb des Tätigkeitsgebietes der Arbeitskammern.

Ueber die Aufgaben der Arbeitskammern sagt der § 2 des Gesetzentwurfs folgendes:

Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern und der Abteilungen (§ 16):

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;

2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 1 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke mitzuwirken sowie Gutachten zu erstatten insbesondere über

a) den Erlaß von Vorschriften auf Grund von §§ 105b Abs. 2 und 3, 105d, 105e Abs. 1, §§ 120, 120e, 128, 139a, 139c bis m, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung; § 62 des Handelsgesetzbuches und von Bergpolizeivorschriften, die den Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes bezwecken, sowie von entsprechenden Polizei- und anderen Vorschriften auf Grund der Reichs- und Landesgesetzgebung;

b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verkehrssitte;

3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 1) berühren, zu beraten;

4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken;

5. Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen und kaufmännischen Lehrlings- und Schulwesens, sowie Anteilnahme an der Schulverwaltung;

6. Förderung der Bestrebungen zum Abschluß von Tarifverträgen, insbesondere durch Sammlung von Material, sowie auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken;

7. die Errichtung von Fachausschüssen für die Hausindustrie und deren Tätigkeit, insbesondere durch Vereinbarung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fördern;

8. Förderung des nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweiswesens;

9. Mitwirkung bei der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten;

10. Ernennung von Sachverständigen auf Ansuchen der Behörden.

Die Arbeitskammern können selbständig Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke veranstalten.

Die Arbeitskammern können durch Beschluß den von den Fachausschüssen für die Hausindustrie als angemessen festgestellten Lohnsätzen unabdingliche Kraft geben.

Bekanntlich ist in Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Meinung sehr stark vertreten, daß eigentlich die Zusammensetzung, wie sie für die Arbeitskammern in Aussicht genommen ist, — die in gleicher Zahl Arbeiter resp. Angestellte und Unternehmer vorsieht — recht wenig begründet erscheint. Man verlangte die Errichtung von Arbeiterkammern, in der Arbeiter und Angestellte ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen selbständig erörtern und behandeln. Der Entwurf kommt diesem Verlangen zu einem guten Teil entgegen, indem er die Einrichtung treffen will, daß die Arbeitskammern nur aus den Arbeitnehmern bestehende besondere Abteilungen bilden, die — unabhängig von dem Einfluß der Unternehmer —, gewisse Anforderungen, Anträge und Wünsche der Arbeiter und Angestellten allein beraten und beschließen sollen. Die Aufgaben dieser Abteilungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Es sollen Wünsche und Anträge der Arbeitnehmer für die Beratung in den Gesamt-Arbeitskammern vorbereitet werden; es sollen eventuell Erhebungen über Höhe der Löhne, die Aufwendung für die Lebenshaltung sowie über die Dauer der Arbeitszeit veranstaltet werden; es soll Aufgabe der Abteilungen sein, seitens der Staats- und Gemeindebehörden gewünschte gutachtliche Aeußerungen abzugeben und schließlich sollen die Abteilungen die Befugnisse haben, Anträge, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten berühren, an die Staats- und Gemeindebehörden oder ihre Organe zu richten. Damit will der Entwurf bezwecken, daß ein gewisser Aufgabenkreis, der zunächst nur die Arbeiter und Angestellten angeht, von diesen unbeeinflußt beraten wird und allein ihrer Beschlußfassung unterliegt.

Ein sehr wichtiges neues Kapitel in dem Entwurf bilden die **Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsstellen und die Einigungsämter.** Es sind das die Einrichtungen, die aus dem Hilfsdienstgesetz in veränderter Form und angepaßt den Verhältnissen zur Friedenszeit übernommen sind.

Die Arbeiterausschüsse sollen in allen Betrieben mit 20 oder mehr Arbeitern obligatorisch errichtet werden. Desgleichen soll für die Angestellten, falls mindestens zwanzig nach dem V. G. f. A. versicherungspflichtige Angestellte im Betriebe beschäftigt sind, ein besonderer Ausschuß gebildet werden. Diese Ausschüsse haben Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter resp. Angestellten, die sich auf Betriebseinrichtungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seine Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen, sich darüber zu äußern und eine Vermittlung herbeizuführen.

Die Schlichtungsstelle soll für einen kleineren Bezirk errichtet werden; ihre Wirksamkeit ist so gedacht, daß sie örtliche Differenzen ausgleichen soll. Entstehen in einem Betriebe Streitigkeiten über Lohn- oder sonstige Arbeitsbedingungen und kommt eine Einigung durch den Ausschuß nicht zustande, so kann, wenn nicht beide Teile eine andere geeignete Stelle anrufen, von jedem die Schlichtungsstelle angerufen werden. Für kleinere Betriebe, für die ein Angestellten- oder Arbeiterausschuß nicht in Frage kommt, kann bei Differenzen die Schlichtungsstelle unmittelbar angerufen werden. Für die Zusammensetzung der Schlichtungsstelle ist vorgesehen, daß vom Vorsitzenden der Arbeitskammer der Vorsitzende der Schlichtungsstelle berufen wird. Er darf weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Ihm werden zwei ständige und mindestens ein unständiger Beisitzer beigegeben. Für die Wahl der Beisitzer kommt eine Proportionalwahl in Anwendung.

Das Einigungsamt umfaßt den Bezirk einer Arbeitskammer. Es soll befugt sein, bei wirtschaftlichen Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses Verhandlungen einzuleiten und einen Schiedsspruch zu fällen. Das Einigungsamt dient auch in einzelnen Streitfällen, die bereits die Schlichtungsstellen beschäftigt haben, als Berufungsinstanz. Die Parteien haben das Recht, bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen und Einigungsämtern sich durch einen Beistand vertreten zu lassen. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß Gewerkschaftsangestellte die Interessen der Mitglieder in sachgemäßer Weise vertreten können.

Im übrigen sieht der Entwurf die paritätische Zusammensetzung der Arbeitskammern vor, er will die Kosten der Einrichtung dem Reich auferlegen und fordert für die Verhandlungen der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen die Oeffentlichkeit, abgesehen davon, wenn es in besonderen Fällen geboten erscheint, die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Das wäre im wesentlichen der Inhalt des Gesetzentwurfs. Reichstag und Regierung werden nunmehr Gelegenheit haben, gerade an der Hand dieses Entwurfs eine wichtige Forderung der Arbeiter und Angestellten, deren Erfüllung schon zu lange hinausgeschoben worden ist, endlich zu erfüllen. Hoffen wir, daß es den vereinten Kräften der großen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten gelingt, den Reichstag von der Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterie zu überzeugen, damit endlich der Schritt von den Versprechungen zur Tat getan wird.

Beginn der russischen Demobilisation und Einleitung der Friedensverhandlungen.

WTB. Kopenhagen, 11. Dezember. (Meldung des Vertreters des Wolffbureaus.) Die russische Demobilisation begann bereits. General Tscherbatschew wurde mit Unterstützung der Alliierten zum Oberbefehlshaber ernannt und erhielt die Vollmacht, mit Deutschland Friedensverhandlungen einzuleiten. Jedoch sollen die Unterhandlungen nur für die russische Front gelten.

WTB. Berlin, 11. Dezember. Funkspruch der russischen Regierung aus Zarskoje Selo: Der Rat der Volkskommissare wird voraussichtlich während der Friedensverhandlungen die Vorschläge und Aeußerungen der Vertreter der kriegführenden Mächte den Truppen der verbündeten und feindlichen Völker sofort durch Funkspruch mitteilen. Desgleichen wird auch der ganze Gang der Verhandlungen übermittelt werden. Laut nachträglich eingelaufenen Nachrichten erklärten die **Verbündeten prinzipiell ihr Einverständnis zur Eröffnung der Verhandlungen über den Waffenstillstand unsererseits,** wobei sie jedoch nicht nur unsere Front, sondern auch ihre in Betracht zogen unter der Bedingung, daß wir auch nicht eine Werst zurückgehen und den deutschen Truppen keine Nahrungsmittel liefern würden. Wenn gestern in Abrede gestellt wurde, daß sich die Verbündeten mit Waffenstillstandsverhandlungen unsererseits einverstanden erklärten, muß dazu bemerkt werden, daß die Chefs der verbündeten Missionen beim Hauptquartier, von denen in dem Telegramm der allgemeinen Armeekomitees an den provisorischen Vollziehungsausschuß die Rede war, unmittelbar mit ihren Regierungen verkehren, da sie ihren Gesandtschaften nicht unterstehen.

Funkspruch der russischen Regierung aus Zarskoje Selo. Der japanische Gesandte teilt mit, **daß Japan weder die Absicht gehabt hatte, noch haben werde, Rußland den Krieg zu erklären.** Ein Mitglied der Gesandtschaft dementierte das Gerücht, wonach zwischen England und Japan ein Vertrag bestehe, laut dem Japan, falls Rußland mit Deutschland einen Separatfrieden schließen würde, Japan an Rußland den Krieg erklären würde.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet. Abg. Dr. Ludewig (Natl.) meinte, daß es richtiger gewesen wäre, die Einlösung des königlichen Versprechens bis zur Rückkehr der Krieger aus dem Felde aufzuschieben. Nachdem aber die Botschaft einmal ergangen und die Vorlage eingebracht sei, müsse man mit Ernst an die Arbeit gehen. Redner regte die Einführung der Verhältniswahl für dichtbevölkerte Wahlkreise und für den Osten, die Einführung von Zusatzstimmen für Alter und Bildung sowie eine Abänderung des Stichwahlsystems und die Einführung der Wahlpflicht an. — Dann erhielt Abg. Ströbel (U. Soz.) das Wort, der sich gegen die infolge seiner Rede gegen ihn erhobenen Angriffe verteidigte, es aber nicht dabei bewenden ließ, die Gegner des gleichen Wahlrechts zu bekämpfen, sondern auch die Sozialdemokratie als nicht zuverlässig hinstellte und die Argumente, die man aus den Ausführungen der Unabhängigen zur Genüge kennt, gegen unsere Genossen vorbrachte. Es scheint Ströbel nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß er der Wahlrechtssache dadurch nicht dient, wenn er, statt den Kampf nach rechts zu führen, gegen links kämpft. — Nachdem noch der freikonservative Abg. Rewoldt das Herrenhaus gepriesen, sich gegen die Oktroyierung des gleichen Wahlrechts sowie der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen auf den Umweg über den Reichstag gewandt hatte, machte die Mehrheit durch einen Schlußantrag der Debatte ein Ende, obwohl nur noch unser Genosse Braun auf der Rednerliste stand.

Die Vorlage wurde sodann unter Ablehnung des Antrages auf Einsetzung mehrerer besonderer Kommissionen einer einheitlichen Kommission überwiesen und zwar mit Rücksicht auf den Wunsch der Polen einer Kommission von 35 Mitgliedern. In dieser Kommission sind die Konservativen durch 12, die Freikonservativen durch 4, die Nationalliberalen durch 6, das Zentrum durch 8, die Fortschrittler durch 3 und die Polen und **Sozialdemokraten durch je einen Abgeordneten** vertreten. — Am Mittwoch: Antrag Fuhrmann über den Erlaß des Ministers des Innern gegen die Vaterlandspartei.

Aus der gestrigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses verdient in äußerst charakteristischer Vorgang noch besonders hervorgehoben zu werden. Zu der ersten Le-

lung der Wahlrechtsvorlage waren bekanntlich drei Rednergarnituren gebildet worden. Infolge einer von der sozialdemokratischen Fraktion keineswegs gutgeheißenen Anordnung des Präsidenten, die eine völlige Neuerung im parlamentarischen Leben darstellt, war durch das Los entschieden worden, daß in diesen drei Garnituren von der Fraktion der sogenannten Unabhängigen zwei Redner, von der Fraktion der Sozialdemokraten aber nur ein Redner zu Wort kommen sollten. So konnte der Abgeordnete Ströbel nicht nur am Donnerstag, sondern auch am Dienstag wieder zur größten Freude der Konservativen und ihrer Verbündeten seinem gepreßten Herzen nach Belieben Luft machen. Besonders seine Rede vom Dienstag war geradezu gespickt mit sinnlosen und verdächtigenden Anwürfen gegen die alte Partei. Daraufhin erbat sich Genosse Braun das Wort, um in aller Kürze Ströbel und zugleich einigen bürgerlichen Rednern zu antworten. Ihm das Wort zu verstatten, hätte unter diesen Umständen nicht nur die selbstverständliche Pflicht der Loyalität verlangt, es war vielmehr auch, da die Uhr kaum auf ½2 Uhr zeitigte, noch sehr reichlich Zeit, Braun sprechen zu lassen. Aber es geschah das Unerhörte; die gelbe reaktionäre Mehrheit, die Ströbel zweimal in der ausgiebigsten Weise hatte zu Wort kommen und auf unsere Partei schimpfen lassen, verwehrte Braun das Wort zur Erwiderung! Gibt es einen deutlicheren Beweis dafür, wessen Politik den herrschenden Parteien wirklich unbequem ist — die sinnlos tobende und im wüstesten Bruderkampf aufgehende Politik der Ströbel und Genossen oder die sachlich mindestens ebenso scharfe, dabei aber auch kluge und wohlüberlegte Politik der alten Sozialdemokratie?

Die Kriegslage.

In Flandern nahm bei aufklärendem Wetter am 10. Dezember von Mittag ab die Gefechtstätigkeit zu. Planmäßiger Beschuß lag auf unseren Stellungen von Blankaartsee bis südöstlich von Ypern, mit besonderem Nachdruck auf der Gegend von Poelkapelle und Paschendaele. Das Feuer blieb auch bis in die Nacht hinein an vielen Stellen lebhaft. Unsere Flieger belegten Ypern und den Bahnhof von Poperinghe mit Bomben. Unser Fernfeuer zwang sieben feindliche Ballons zum Niedergehen.

Im Artois wurden bei lebhafterer Feuertätigkeit von unseren Patrouillen südöstlich Gavrelle und westlich Mericourt ein Offizier, 101 Mann und ein Lewisgewehr eingebracht.

Beiderseits von St. Quentin lebte bei klarer Sicht besonders in der Gegend von Monchy und Bullecourt, sowie auf dem Kampffelde südwestlich von Cambrai die feindliche Artillerietätigkeit auf und hielt auch nachts über an. Auf beiden Seiten war die Fliegertätigkeit rege. In der Gegend von Flesquieres stürzte ein feindlicher Ballon brennend ab.

Nordöstlich Soissons nahm auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zu und verstärkte sich gegen Abend in der Gegend von Anicy. Ein eigenes, nach kurzer Feuervorbereitung unternommenes Stoßtruppenunternehmen brachte ohne eigene Verluste 22 Franzosen gefangen ein, während in der Champagne nordöstlich von Four de Paris französische Stoßtruppen in erbittertem Handgranatenkampf abgewiesen wurden, bevor sie unsere Gräben erreichen konnten.

Oestlich der Maas gelangen an mehreren Stellen kleinere eigene Unternehmungen, die uns Gefangene und Maschinengewehre einbrachten. Im Anschluß an diese steigerte sich das Artilleriefeuer des Feindes und nahm in der Gegend von Ornes vorübergehend beträchtliche Stärke an.

*

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 11. Dezember, abends. (Amtlich.) In einzelnen Abschnitten der italienischen Front erhöhte Feuertätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

Wien, 11. Dezember. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Piave-Mündungsgebiet versuchte der Feind ohne Erfolg die vorgestern verlorenen Gräben zurückzugewinnen.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember ist S. M. S. „Wien" durch feindlichen Torpedoangriff versenkt worden. Fast die ganze Bemannung wurde gerettet.

Frankreich und Belgien.

Die Paßverweigerung rächt sich!

Die Besprechungen der französischen Presse finden sich mit der Tatsache des Waffenstillstandes auch auf der rumänischen Front ab, geben aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen scheitern, oder daß in Rußland ein Umschwung durch das Auftreten einer neuen Persönlichkeit erfolgen könne. Der Waffenstillstand bedeute übrigens noch nicht den Frieden. „Bataille" schiebt die Schuld ausschließlich der Entente zu, wenn es so weit gekommen sei. Die in Rußland gewesenen französischen Deputierten und Minister hätten doch laut genug verkündet, daß die Stockholmer Konferenz unbedingt notwendig sei. Statt dessen habe man die Pässe verweigert und die Sozialisten aus der Regierung entfernt. Größer habe man die Sozialistenregierung in Petersburg überhaupt nicht vor den Kopf stoßen können.

Rußland.

Buchanan — der Freund des jetzigen Rußlands.

Der englische Botschafter Buchanan empfing Vertreter der russischen Presse und begrüßte die Gelegenheit, an die russische Demokratie gegenüber denjenigen appellieren zu können, die von der britischen Politik absichtlich eine falsche Darstellung geben. Er versicherte die Pressevertreter der Teilnahme Englands für das russische Volk, das durch die schweren Kriegsopfer und durch die allgemeine Desorganisation, die eine unvermeidliche Folge der großen Umwälzung dieser Revolution sei, erschöpft gewesen. Der Botschafter sagte: Wir hegen keinen Groll, und es gibt nicht ein Körnchen Wahrheit in den Berichten, daß wir für den Fall, daß Rußland einen Sonderfrieden abschließt, irgendwelche Straf- oder Zwangsmaßnahmen in Erwägung ziehen. Die Tatsache, daß der Rat der Volkskommissare die Verhandlungen mit dem Feinde ohne vorhergehende Beratungen mit den Verbündeten eröffnete, ist ein Bruch der Vereinbarungen vom September 1914, über den wir uns mit Recht beklagen. Wir können keinen Augenblick die Gültigkeit der Behauptungen anerkennen, daß der mit der autokratischen Regierung geschlossene Vertrag keine bindende Kraft für die Demokratie haben kann, wodurch jene erledigt wurde; denn ein solcher Grundsatz würde, einmal angenommen, die Grundlage aller internationalen Abmachungen untergraben. Aber wenn wir auch diese neue Lehre zurückweisen, so wünschen wir doch nicht einen Verbündeten, der nicht mehr mittun will, zu veranlassen, weiterhin seinen Teil zu den gemeinsamen Anstrengungen beizutragen, indem wir auf Vertragsrechte pochen. Die englische Regierung wünscht ebenso wie die russische Demokratie einen demokratischen Frieden. Der Rat der Volkskommissare irrt sich aber, wenn er glaubt, diesen Frieden dadurch sichern zu können, daß er einen sofortigen Waffenstillstand fordert, worauf dann die Vereinbarung zu folgen hätte. Im Gegensatz dazu wünschten die Alliierten zuerst zu einer allgemeinen Vereinbarung in Uebereinstimmung mit ihren erklärten Zielen zu gelangen und dann einen Waffenstillstand anzustreben. Bis jetzt wurde noch kein Wort von irgend einem deutschen Staatsmann geäußert, aus dem hervorgeht, daß die Ideale der russischen Demokratie vom Deutschen Kaiser oder von der deutschen Regierung geteilt würden. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand werden aber mit der deutschen Autokratie und nicht mit dem deutschen Volke geführt. Ist es wahrscheinlich, daß Kaiser Wilhelm, wenn er einmal sicher ist, daß die russische Armee als Kampfeinheit aufgehört hat, zu existieren, einen dauerhaften demokratischen Frieden unterzeichnen wird, wie ihn das russische Volk wünscht? Der Friede, den er plant, ist ein deutscher imperialistischer Friede. Wenn die Alliierten auch keine Vertreter zu den Waffenstillstandsverhandlungen schicken können, so sind sie doch bereit, sobald eine dauerhafte, dem gesamten Willen des russischen Volkes entsprechende Regierung gebildet ist, mit dieser Regierung die Kriegsziele und möglichen Bedingungen eines gerechten dauerhaften Friedens zu prüfen. Bis dahin erweisen sie Rußland den wirksamsten Beistand, indem sie die gewaltigen deutschen Armeen an ihren Fronten aufhalten. Buchanan erklärte, daß ohne die britische Flotte und ohne die britische Armee Rußland heute Deutschlands Vasall sein und in Europa die Autokratie herrschen würde. Hätten wir abseits gestanden, so hätte es keine Revolution und keine Freiheit für das russische Volk gegeben. Der Botschafter sprach von dem aufrichtigen Wunsche der Engländer, Rußland in der Stunde der Krise beizustehen, während kaum ein Tag ohne einen erbitterten Angriff der jetzigen Regierungspresse auf Großbritannien vorübergehe. Man könnte glauben, Großbritannien sei der Feind und nicht Deutschland und daß Großbritannien den Krieg für seine eigenen kapitalistisch-imperialistischen Zwecke hervorgerufen habe und daß es für das Blutvergießen verantwortlich sei. Buchanan kam darauf zurück, daß Rußland ohne britische Flotte und ohne britischen Armeen heute ein Vasall Deutschlands wäre, und fuhr fort: Wären wir darum nicht berechtigt, Anspruch zu erheben, als Freunde behandelt zu werden und nicht pöbelhaften Angriffen ausgesetzt zu sein? Lenin stellte uns auf eine tiefere Stufe als die Türken, denen er, ohne an die schrecklichen Massakres zu denken, Armenien ausliefern will. Die Lage der britischen Untertanen in Rußland ist nicht beneidenswert. Sie werden augenblicklich zum Gegenstand von Angriffen gemacht oder mit Mißtrauen betrachtet. Es gibt keinen Grund dafür, es sei denn, daß es ein Verbrechen sei, sein Land gegen die Verleumdungen der deutschen Agenten zu verteidigen. Schließlich dankte der Botschafter der russischen Demokratie und sagte: Ich weiß, daß Ihre Führer aufrichtig wünschen, Brüderlichkeit zu schaffen. Aber die gegen Großbritannien gerichteten Reden und Versuche, die unternommen wurden, in unserem Lande die Revolution anzuzetteln, haben das britische Volk nur in dem Beschluß, den Krieg zu Ende zu kämpfen, bestärkt und veranlaßt, sich um seine jetzige Regierung zu scharen.

Die Rede Buchanans erinnert lebhaft an die Fabel von dem Fuchs und den Trauben. Nachdem man auf jener Seite einsieht, daß Rußland militärisch für die Alliierten verloren ist, macht man, um nicht alles zu verderben, gute Miene zu dem für die Entente bösen Spiel. Wir zweifeln nicht daran, daß die Maximalisten und mit ihnen die breiten Massen des russischen Volkes unbeirrt den Weg weiter gehen werde, der dem Heil Rußlands dient — den Weg zum Frieden!

*

Finnland völlig unabhängig.

Telegramme aus Helsingfors bestätigen, daß die neue bürgerliche Regierung Finnlands mit Swinhufvud, dem Führer der schwedischen Volkspartei, als Präsidenten die völlige Unabhängigkeit Finnlands proklamiert hat.

Falls dieser Verfassungsvorschlag endgültig angenommen wird, wird Finnland wahrscheinlich die demokratischste Republik der Welt werden. Nach der abgegebenen Unabhängigkeitserklärung nimmt das finnische Volk sein Schicksal selbst in die Hand.

Der Beschluß soll vom Landtag einstimmig gefaßt sein, nachdem die Sozialisten ihre Obstruktion aufgegeben hatten. Finnland erwarte zuversichtlich, daß die Mächte die Unabhängigkeit des Landes anerkennen.

*

Finnland und die Entente.

Aus Genf berichtet die „Frankf. Ztg.": In der Unabhängigkeitserklärung Finnlands glaubt der „Temps" annehmen zu dürfen, daß die Regierung der Entente die diplomatischen Beziehungen mit Finnland aufnehmen und dessen Selbständigkeit vorläufig als Tatsache ansehen werden, bis ein endgültiges Abkommen Finnlands mit Rußland die Formel findet, die die Selbständigkeit Finnlands rechtsgültig macht. Jedenfalls würden sie einen Vorbehalt in bezug auf die künftige Staatsangehörigkeit der Aalandsinseln machen, deren Bevölkerung die Wiedervereinigung mit Schweden zu verlangen scheint. Das offizielle französische Blatt läßt dabei durchblicken, daß Frankreich sich dieser Vereinigung nicht widersetzt, wenn Schweden Garantien gibt gegen eine deutsche Vorherrschaft in der Ostsee.

*

Neutralitätserklärung Finnlands bevorstehend.

Nach einer Meldung aus Helsingfors übergab Svindhufvud, das Oberhaupt der neuen finnischen Regierung, am 4. Dezember dem finnischen Landtag den vom Senat ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die künftige Regierungsform Finnlands. Man betrachtet die Neutralitätserklärung als unmittelbar bevorstehend.

*

Gegen Kaledin.

„Berlingske Tidende" erfährt über Stockholm aus Petersburg, daß Kaledin den Arbeiter- und Soldatenrat in Nowotscherkask verhaftete. Die Regierung beschloß, Truppen gegen ihn zu entsenden.

Nach einer weiteren Meldung sollen aus Moskau 5 Regimenter Gardetruppen entsandt werden.

*

Die Nationalversammlung.

Petersburger Blätter teilen mit, daß im Zusammenhang mit den durch die Waffenstillstandsverhandlungen eingetretenen Verhältnissen die Frage der Einberufung der Konstituante in positivem Sinne entschieden wurde. Lenin halte es für zweckmäßig, die Entscheidung über den Waffenstillstand der Konstituante zu überlassen und die Verantwortung von sich abzuwälzen.

Wie gegen die Maximalisten gearbeitet wird.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) „Die übelwollende bürgerliche Presse," sagt das Organ der Bolschewiki, „Prawda", „freut sich, daß die Regierung nicht im Verlauf von wenigen Tagen einen Waffenstillstand erreichte. Es ist eine schamlose Lüge, zu sagen, daß wir versprochen hätten, binnen wenigen Tagen den Frieden zu erlangen. Die Unterbrechung der Besprechungen um eine Woche wird den Völkern der Alliierten helfen, ihre Regierungen zur Teilnahme an den Besprechungen zu zwingen. Das ist von den Volksmassen in Frankreich, Italien, Belgien, Rumänien und Serbien abhängig. Die widerstrebende Stellungnahme der Regierungen der betreffenden Länder wird sie in den Augen ihrer Völker brandmarken. Die gestern vom Präsidenten Wilson gehaltene Rede und die Erklärung des französischen Botschafters Noulens zeigen nach der Ansicht des Organs des Rates der Bauern und Arbeiter in Petersburg die Absicht den Krieg der Regierungen Englands, Frankreichs und Amerikas ebenso wie den der deutschen Regierung noch um viele Jahre in die Länge zu ziehen. Der Zusammenbruch Belgiens, Serbiens, Montenegros und Rumäniens bringt die Alliierten nicht außer Fassung. Unsere Soldaten, die den Feind unter unsäglichen Leiden auf einer Front von 1800 Werst zurückgehalten haben, werden geschmäht. Es ist immer derselbe Kehrreim: Ein Krieg bis zur Sicherung .... Wie oft sollen dem Kriegsgott noch Tausende von Menschenleben geopfert werden?"

Das Blatt der Menschewiki, „Fakel", glaubt, daß die Unterbrechung der Kampfhandlungen während zehn Tagen Rußland zu bedauerlichen Verhältnissen führen werde. Der Text des Uebereinkommens beweise es. Punkt 5 bedeute, daß die Deutschen tatsächlich in der Lage seien, Truppen in beliebiger Menge nach beliebigen Orten senden zu können. Wenn der Befehl zur Beförderung an die französische Front gegeben werde, wer werde das feststellen können und wie?

*

Sieg der Bolschewiki bei den Wahlen zu der gesetzgebenden Versammlung.

Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. An der Nordfront wurden die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung beendet. Die Menschewiki erhielten ungefähr 1 Proz., die revolutionären Sozialisten ungefähr ein Drittel und die Bolschewiki über die Hälfte Stimmen. Die Zahl der Stimmenenthaltungen beträgt nicht über 15 Prozent.

*

Der Zusammentritt der Konstituante.

Die Mehrzahl der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung ist bereits in Petersburg eingetroffen. Montag hielten die Parteivertreter eine besondere Konferenz ab, auf der das Programm der ersten Sitzung festgestellt wurde. In den Ministerien haben die Beamten die Arbeit wieder aufgenommen.

*

Auch die Baschkiren machen sich unabhängig.

„Berlingske Tidende" meldet aus Haparanda: Der „Prawda" zufolge beschloß der Baschkiren-Kreisrat unter Zustimmung der Garnison Orenburg, das zu den Gouvernements Orenburg, Ufa, Perm und Samara gehörige Baschkirengebiet für unabhängig zu erklären. Am 21. 12. wird die verfassunggebende Versammlung der Baschkiren in Orenburg zusammentreten.

England.

Wieder eine Kriegshetzrede.

Churchill sagte in einer Rede: Rußland ist gebrochen, nicht nur durch die deutsche Macht, sondern durch das deutsche Wort. Unsere Kriegsziele sind die nämlichen von August 1914. Wir haben sie weder vergrößert noch verkleinert und sie um kein Jota verringert. Der preußische Militarismus soll geschlagen aus dem Kampf hervorgehen, das ist unser Kriegsziel, wie Asquith, Lloyd George und Wilson es auch gestellt haben. Das meinen sie, wenn sie sagen, daß unser Friedensziel die Wiederherstellung Belgiens ist. Wir würden zum Frieden geneigt sein, wenn der preußische Militarismus unverkennbar geschlagen und das deutsche Volk von dem üblen Bann befreit ist. Wegen der vorübergehenden Umstände, die nicht im geringsten die Macht des Krieges widerspiegeln, hat der preußische Militarismus eine neue Lebensfrage erhalten. Er ist nicht geschlagen, aber es gibt keinen Ersatz für den Sieg.

Wie lange will sich das englische Volk solche an Wahnsinn grenzende Reden noch gefallen lassen?

*

Bonar Laws Beklemmungen.

In Reuters Wiedergabe der Rede, die Bonar Law — anläßlich des Briefes von Lord Lansdowne — gehalten hat, fehlte eine wichtige Stelle. Sie lautet nach der „Times":

Ein Friede auf der von Lord Lansdowne angeregten Basis würde tatsächlich eine Niederlage für uns bedeuten. Und was würde die Lage des britischen Reiches nach einer solchen Niederlage sein? Wir können die Tatsache nicht verschleiern, daß ein Krieg, der so lange dauert und so viele Leiden mit sich bringt, die Bevölkerung eines jeden Landes beeinflussen muß, bei uns so gut wie in den Dominions. Wenn wir nun am Ende unser Ziel nicht erreichen können, glaubt jemand tatsächlich, daß die Einheit des britischen Reiches — von der wir hoffen, daß sie infolge dieses Krieges fester werden wird — dann noch aufrecht erhalten bliebe? Ich glaube es nicht.

Der Balkankrieg.

Umschwung der Anschauungen in Rumänien?

Am 9. Dezember fand in Ploesti, dem Mittelpunkt der rumänischen Petroleumindustrie, eine politische Versammlung statt, die der ehemalige Gesandte in Berlin, Dr. Alexander Beldiman, einberufen hat. Die Beteiligung aller Kreise aus Stadt und Land, ohne Unterschied der Parteien, war sehr stark. Im Anschluß an einen von einer Woche in Bukarest gehaltenen Vortrag führte der Redner im einzelnen aus, wie sämtliche Voraussetzungen der Kriegspolitik Bratianus auf organisiertem Volksbetrug unerhörter Art beruhen. An der Hand eines amtlichen Telegramms und Berichte der Berliner Gesandtschaft wies Beldiman nach, wie sämtliche Tatsachen und Nachrichten, die die Katastrophe hätten verhüten können, in gewissenlosester Weise von den Bukarester Machthabern unterschlagen wurden. Großen Eindruck machten die Ausführungen zum Schicksal Serbiens, das durch die Haltung Bratianus in der Dardanellenfrage besiegelt wurde; nur durch die entschiedene Weigerung Bratianus, die Durchfuhr von Munition nach der Türkei zu gestatten, wurden die Mittelmächte veranlaßt, einen Feldzug auf dem Balkan ins Werk zu setzen. Bratianu ließ alle diesbezüglichen Warnungen unbeachtet, unter der falschen Voraussetzung, daß die Mittelmächte nicht imstande sein würden, diesen Feldzug zu unternehmen. So trägt Bratianu vor der Geschichte seinen Teil an der Verantwortung auch für den Zusammenbruch Serbiens. Infolge des von Bulgarien daraufhin abgeschlossenen Bündnisses wurde die rumänische Stellung im Osten bedeutend geschwächt.

In ergreifender Weise schilderte der Redner den Gegensatz zwischen der führenden Stellung des Landes unter König Carol und der großen Zukunft, welche es an der Seite der Mittelmächte gehabt hätte. Anderseits den jetzigen furchtbaren Zusammenbruch, der allein durch die maßlose Verblendung und die Korruption jener kleinen Gruppe gewissenloser Machthaber verschuldet wurde, an deren Spitze die Brüder Bratianu standen. Der Redner schloß mit dem Appell an die Vaterlandsliebe aller Parteien zur Wiederaufrichtung Rumäniens aus dem tiefsten Verfall.

Hierauf ergriff auch der frühere Minister Nanitescu das Wort, um in eindrucksvoller Rede die Ausführungen Beldimans zu unterstützen. Er betonte besonders die Tatsache, daß die Bündnispolitik Rumäniens mit den Mittelmächten allein der nationalen Selbsterhaltung Rumäniens gegenüber der russischen Orientpolitik entsprach. — Beide Redner wurden häufig durch lebhaften Beifall unterbrochen.

Die Kämpfe im Orient.

Zur Einnahme Jerusalems durch die Engländer.

Reuter meldet aus London: Wie im Unterhaus Minister Bonar Law mitteilte, meldet General Allenby: Unsere Truppen griffen am 8. Dezember die feindlichen Stellungen südlich und westlich von Jerusalem an. Truppen aus Wales und England rückten auf Bethlehem im Süden der Stadt vor. Sie drängten den Feind zurück und marschierten im Osten an Jerusalem vorbei, besetzten dann eine Stellung auf dem Wege von Jerusalem nach Jericho. Gleichzeitig griff englische Infanterie und englische Reiterei, die von ihren Pferden abgestiegen war, die starken feindlichen Positionen westlich und nordwestlich von Jerusalem an und stellt sich an beiden Seiten des Weges von Jerusalem nach Sichem auf. **Die heilige Stadt, die auf diese Weise von der Außenwelt abgeschlossen war, ergab sich Allenby.** Englische politische Beamte, ferner englische, französische, italienische und indisch-mohammedanische Bewachungstruppen sind unterwegs, um die Stadt zu schützen und den heiligen Ort unter ihre Bewachung zu stellen. General Allenby schlägt vor, morgen offen in die Stadt einzurücken in Begleitung der Kommandanten der französischen und italienischen Heeresabteilungen und der Spitzen der französischen politischen Mission. Die Eroberung von Jerusalem hat sich verzögert, da man die größte Sorge anwandte, um eine Beschädigung der heiligen Orte und ihrer Umgebung zu vermeiden.

Aus Berlin wird hierzu noch gemeldet: Jerusalem wurde geräumt. Für die freiwillige Räumung war in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend, daß allen gottgläubigen Völkern der Welt der geheiligte Boden nicht zum Schauplatz blutiger Kämpfe gemacht werden sollte. Demgegenüber spielt die Rolle der militärisch wertlosen Stadt keine Rolle. Unsere Bundesgenossen wissen, daß wir auf ihrer Seite stehen und daß über den Besitz von Jerusalem durch den jetzigen Erfolg der Engländer noch nicht endgültig entschieden ist.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Revolution in Portugal.

Die „Times" vernehmen aus Lissabon, daß am Sonntag die Ordnung so gut wie wiederhergestellt war. Am Sonnabend wurde das Bureau des Blattes „Mundo", einige Hauptbüros der verschiedenen Parteien, das Privatkontor des früheren Justizministers Grada, sowie die Häuser von Affonso Costa, Admiral Leote Derego und Kapitän Morton De Mattos angegriffen. Die erstgenannten Bureaus wurden sämtlich vernichtet. Affonso Costa und Augusto Searez sind in Oporto gefangen genommen worden, Kapitän Morton De Mattes und Admiral Derego an Bord des Admiralschiffes. Major Paes ist zum Gouverneur von Lissabon ernannt worden. Die Revolutionäre traten am 5. Dezember in Aktion. Die Revolution in der Armee, welche eine Folge des Rücktrittes der Regierung war, brach am 6. Dezember aus. Um Blutvergießen zu verhüten, schlug Kapitän De Mattos, welcher Unterhändler war, dem Ministerpräsidenten vor, daß das gesamte Kabinett zurücktreten solle. Die siegreichen revolutionären Truppen standen unter Befehl von Major Sidonio Paes, dem früheren Gesandten Portugals in Berlin. Der Major der Artillerie Hes war früher Professor an der Universität in Coimbra, darauf im Jahre 1911 Minister für öffentliche Arbeiten und später Finanzminister. Die Vorsitzenden des Senats und der Abgeordnetenkammer wurden zusammen mit den Führern der demokratischen revolutionären Partei vom Präsidenten über die Einsetzung eines neuen unionistischen Kabinetts auf der Basis der Aufrechterhaltung der internationalen Verträge befragt. Er las ihnen folgende Punkte vor: 1. Portugal nimmt weiter am Kriege teil, 2. alle revolutionären Aktionen werden eingestellt, bis ein konstitutionelles Ministerium gebildet ist, 3. die öffentliche Ordnung wird wiederhergestellt werden, 4. Rechtsbefugnis zur Auflösung des Parlaments. 5. die Revision der Verfassung wird sobald wie möglich stattfinden.

Die Führer der politischen Parteien und die Vorsitzenden der beiden Kammern waren mit dieser Lösung zufrieden. Der Präsident lud Dr. Brito Camacho zu einer Unterredung ein.

Weitere Meldungen besagen:

Die Ruhe ist wieder hergestellt. Die Regierung hat entschieden, daß das Parlament aufgelöst wird. Sie hat den Präsidenten der Republik aufgefordert, zurückzutreten. Da dieser sich weigert, so wurde er ersucht, sich als verhaftet zu betrachten.

Kroner Blätter melden noch folgende Einzelheiten aus Lissabon: Das Panzerschiff „Vasco de Gama" wurde bei den Kämpfen schwer beschädigt und daher auf Strand gesetzt. Durch das Geschützfeuer wurden in der Hauptstadt fast alle Häuser mehr oder weniger schwer beschädigt. Die Wohnungen von Costa und Brage Reso wurden von der Menge geplündert und verwüstet. **Die Zahl der Toten wird auf 70 und die der Verwundeten auf 3—400 geschätzt.**

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Wort der Warnung.

Im letzten Teil seiner großen Programmrede für das gleiche Wahlrecht am 6. Dezember richtete der neue Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, folgende, von uns hier nach dem amtlichen Stenogramm zitierte beachtenswerte Mahnworte an die bürgerlichen Parteien:

„Meine Herren, ich **fürchte für die bürgerlichen Parteien.** Ich spreche hier nicht als Parteimann, sondern ich fürchte für alle bürgerlichen Parteien, weil ich die bürgerlichen Parteien alle ohne Ausnahme für notwendige Vertretungen gewisser Volksströmungen halte, die unbedingt in unsern Parlamenten zur vollen Geltung kommen müssen. (Sehr gut!) Aber, meine Herren, für die bürgerlichen Parteien ist, wenn sie sich behaupten wollen, nicht allein ihre **Stärke hier in diesem Hohen Hause maßgebend.** Sie werden mir zugeben müssen, daß die große Politik, die Politik der nationalen Fragen heute **in einer andern Körperschaft, im Reichstage** gemacht wird, der auf einem ganz andern Stimmrecht basiert. **Wenn die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Vorlagen in der breiten Masse der Bevölkerung ihren Halt verlieren, dann werden sie sozusagen mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen.** (Sehr richtig! links.)

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit blieb in mäßigen Grenzen.

*

Im November beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 22 Fesselballons und 205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im Kampfe 60 Flugzeuge und 2 Fesselballons verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.

In einzelnen Abschnitten zwischen Brenta und Piave entwickelten sich örtliche Kämpfe, in denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Schweiz.

Glänzender Wahlsieg in Bern. Bei den Stadtratswahlen in Bern eroberten unsere Genossen mit 22 Mandaten die Mehrheit im Stadtrat. Die Freisinnigen erhielten 13, die Konservativen 4 und die Christlichen 1 Mandat. Der neue Stadtrat besteht nun aus 42 Sozialisten, 28 Freisinnigen, 9 Konservativen und 1 Christlicher. Gewählt wurde nach dem Verhältniswahlsystem. Die sozialdemokratische Liste enthielt zusammen 305 313, die freisinnige 181 955, die konservative 59 641 und die christliche 16 861 Stimmen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 12. Dezember.

Das Protokoll des Würzburger Parteitages ist fertiggestellt und werden Bestellungen für Parteimitglieder zum Vorzugspreise im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, entgegengenommen. Da nur eine beschränkte Auflage gedruckt worden ist, müssen die Bestellungen baldigst erfolgen. Im übrigen ist das Protokoll durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. zu beziehen.

Freie Jugend. Der Zola-Vortrag des Genossen Bromme, der für heute abend angesetzt war, muß wegen Verhinderung des Vortragenden auf nächsten Mittwoch verschoben werden. An seiner Statt wird heute Abend Genosse Theodor Schwartz einen Vortrag über „Das alte Lübeck" halten. Anfang 8 Uhr. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Wer hat Anspruch auf Aufwandsentschädigung? Darüber besteht vielfach noch eine große Unklarheit, obwohl sich andauernd die Zahl derjenigen vermehrt, die ein Recht auf die Aufwandsentschädigung haben. Sie wird nur auf Verlangen gezahlt, wer sich nicht meldet, erhält nichts. Aus all diesen Gründen wollen wir an dieser Stelle ausführlicher auf die Aufwandsentschädigung eingehen. Mögen insbesondere Eltern oder Großeltern, die jüngere Söhne oder Enkel im Felde haben, die nachstehenden Ausführungen genau durchsehen. Auch haben die Heeresangehörigen die Pflicht, ihre Familien auf ihre Rechte aufmerksam zu machen.

Aufwandsentschädigung wird gezahlt auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. März 1914. Wenn Söhne einer Familie durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit im Heer, in der Marine oder in der Schutztruppe als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, wird der Familie auf ihren Antrag eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 240 Mark jährlich für jedes weitere Dienstjahr eines seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht genügenden Söhne in denselben Dienstgraden gewährt. In Betracht kommen also weder Einjährig-Freiwillige, noch Reservisten und Landwehrleute. Nur die Dienstzeit der militärpflichtigen Rekruten wird angerechnet, und ihnen gleichgestellt sind die Wehrpflichtigen, die vor Erreichung des militärpflichtigen Alters in das Reichsheer eingestellt oder eingetreten sind und nicht schon vorher ihrer Dienstpflicht genügt hatten. Zu unterscheiden ist zwischen militär- und wehrpflichtigem Alter. Das erstere wird erreicht bei Vollendung des 20. Lebensjahres, das letztere geht vom 17. bis 45. Lebensjahre. Die Kriegsdienstzeit der militärpflichtigen Rekruten und der ihnen gleichgestellten Personen ist als aktive Dienstzeit voll anzurechnen, wenn es sich um die Bewilligung einer Aufwandsentschädigung handelt. Die Kriegsdienstzeit derjenigen, die in der Friedenszeit der Ersatzreserve und dem Landsturm überwiesen oder ausgemustert wurden, während des Krieges aber Soldaten geworden sind, wird nicht in Anrechnung gebracht. Dienen gleichzeitig zwei Söhne, nachdem ältere Brüder schon sechs Jahre aktiv Heeresdienste geleistet haben, so wird Unterstützung für jeden Sohn besonders, und gleichzeitig für jedes weitere Dienstjahr gezahlt.

Ein Anrecht auf die Entschädigung haben die Eltern. Liegt bereits ein Todesfall vor, so bekommt die Unterstützung der Ueberlebende. Auch Stiefeltern haben Anspruch auf die Entschädigung, wenn sie vom Stiefsohn bis zur Einberufung zum Heere dauernd unterstützt worden sind. Sind bereits Eltern oder Stiefeltern tot, so kann auch von den Großeltern der Antrag auf Gewährung der Entschädigung gestellt werden. Sie müssen erwerbsunfähig sein und bis zum Eintritt ins Heer von dem Enkel dauernd Unterstützung erhalten haben. In diesem Falle wird aber nur die Dienstzeit von Söhnen desselben Abkömmlings zusammengezählt. Auch wenn schon ein Todesfall bei den Großeltern zu verzeichnen ist, kann der Anspruch noch von dem überlebenden Teil geltend gemacht werden. Wenn Eltern getrennt leben, wird von der Landeszentralbehörde „nach billigem Ermessen" entschieden, wer die Entschädigung erhält. Sie kann auch geteilt gezahlt werden.

Der Antrag auf Gewährung der Entschädigung ist der Gemeindebehörde des Ortes (in Lübeck beim Polizeiamt, Registratur) zu unterbreiten, in dem der Berechtigte wohnt. Im Ausland Lebende haben die Entschädigung bei der Gemeindebehörde des letzten inländischen Aufenthaltsortes zu beantragen. Mitzubringen sind die Geburtsscheine der Söhne.

Sechs Monate nach der Entlassung oder des Todes des Sohnes ist es nicht mehr zulässig, den Anspruch zu erheben. Wird der Sohn zur Disposition seines Truppenteils beurlaubt, entzieht er sich länger als vier Wochen dem Dienst, oder verbüßt er eine Freiheitsstrafe von mehr als sechs Wochen, so wird keine Zahlung geleistet. Die Entschädigung wird nachgezahlt, wenn der Sohn an der Dienstentziehung schuldlos ist.

Das ständige Steigen der Lebensmittelpreise, das wir ja alle zu unserem Leidwesen täglich am eigenen Leibe spüren müssen, wird jetzt wieder ziffernmäßig im Vierteljahrsbericht unseres Statistischen Amtes für die Monate April, Mai und Juni nachgewiesen. Dort heißt es: Die Lebensmittelpreise zogen meistens weiter an. Im einzelnen ist folgendes über sie zu berichten: Die Großbezugspreise für Schlachtvieh betrugen für 100 Kgr. Schlachtgewicht im Juni für Rinder 360 Mk. bis 400 Mk. (380 Mk. bis 420 Mk. im Juni 1916), für Mastkälber 320 Mark (220 Mk. bis 360 Mk.), für Hammel 420 Mk. bis 430 Mk. (320 Mk. bis 380 Mk.) und für Schweine 320 Mk. (300 Mk. bis 392 Mk.). Im Kleinhandel kosteten je ½ Kgr. Schwarzbrot 18½ Pfg. (16½ Pfg. im Juni 1916), Rindfleisch von der Keule 2,60 Mk. (2,60 Mk.), Kalbfleisch von der Keule 2,20 Mk. (2,80 Mark), Hammelfleisch von der Keule 2,60 Mk. (3,00 Mk.), Schweinefleisch von der Keule 2,00 Mk. (1,90 Mk.), vom Bauch 1,70 Mk. (1,50 Mk.); Kotelette 2,10 Mk. (1,90 Mk.), Pferdefleisch 1,80 Mk. (1,20 Mk.), Leberwurst 2,10 Mk. (2,10 Mk.), Zervelatwurst 3,00 Mk. (3,00 Mk.), geräucherter Speck 2,20 Mk. (2,20 Mk.), Milch (1 Liter) 30 Pfg. (24 Pfg.), Meiereibutter 2,55 Mk. 2,55 Mark), frische Landeier (1 Stück) 32 Pfg. (24 Pfg.), Weizenmehl 22 Pfg. (25 Pfg.), Gerstengraupen 30 Pfg. (43 Pfg.), Gerstengrütze 30 Pfg. (40 Pfg.), Hafergrütze 44 Pfg. (58 Pfg.), Würfelzucker 32 Pfg. (32 Pfg.), Melis 30 Pfg. (30 Pfg.), Kaffee 3,80 Mark (3,60 Mk.), Malzkaffee 52 Pfg. (58 Pfg.), Margarine 2,00 Mark (2,00 Mk.), Petroleum (1 Liter) 32 Pfg. (32 Pfg.), Hartkoks (100 Kgr.) 5,30 Mk. (4,10 Mk.), Gaskoks (2 Hektlt.) 4,20 Mark (3,50 Mk.), Braunkohlenbriketts (100 Kgr.) 4,00 Mk. (2,90 Mark). — Obst und Gemüse standen wie folgt im Preise: ½ Kgr. Spargel 50 bis 90 Pfg. (60 bis 90 Pfg.), 1 Kopf Blumenkohl 80 bis 120 Pfg. (50 bis 100 Pfg.), ½ Kgr. Spinat 35 Pfg. (30 Pfg.), 1 Kopf Kopfsalat 15 Pfg. (10 Pfg.), 1 Bund Kohlrabi 40 Pfg. (30 Pfg.), ½ Kgr. Rhabarber 14 Pfg., 1 Kopf Sellerie 60 Pfennig (40 Pfg.), ½ Kgr. Zwiebeln 75 Pfg. (100 Pfg.), ½ Kgr. Möhren 60 Pfg., 1 Bund Radieschen 10 Pfg. (8 Pfg.), 1 Stück Rettich 15 Pfg. (5 Pfg.), je ½ Kgr. grüne Erbsen 65 Pfg. (35 Pfennig), große Bohnen 60 Pfg. (40 Pfg.), Brechbohnen 1,80, auswärtige Kirschen 100 Pfg. (80 Pfg.), Erdbeeren 1,25 Mk. (1,50 Mk.), Stachelbeeren 45 Pfg. (30 Pfg.) und Johannisbeeren 90 Pfg. (40 Pfg.). Die Fischpreise betrugen für ½ Kgr. Schleie 2,30 Mk. (1,50 Mk.), Aale 1,00 Mk. bis 1,60 Mk. (70 bis 160 Pfg.), Hechte 1,50 Mk. (1,25 Mk.), Barsche 1,20 Mk. (1,20 Mk.) Brachsen 90 bis 120 Pfg. (75 Pfg.), Rotaugen 70 bis 90 Pfg. (50 bis 60 Pfg.), Dorsche 75 Pfg. (80 Pfg.), Butt 60 bis 80 Pfg. (60 bis 80 Pfg.), endlich für geräucherte Aale 3,60 Mk. bis 8,00 Mk. (2,00 Mk. bis 3,20 Mk.). Schweineschmalz, Erbsen, Bohnen, Linsen, Buchweizengrütze, Kartoffelmehl, Sago, Reis und Reismehl waren im Handel nicht mehr zu haben.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Im Verwaltungsgebäude der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Lübeck fand Dienstag die diesjährige ordentliche Versammlung des Ausschusses statt. In der Versammlung wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes für 1916 erstattet, die Jahresrechnung für 1916 abgenommen und der Voranschlag für 1918 festgestellt. Aus dem Geschäftsbericht, dessen Einzelheiten wir bereits mitteilten, ist noch hervorzuheben, daß die Zahl der Versicherten in den Hansestädten infolge des Krieges im allgemeinen erheblich und zwar bis zu zwei Drittel des früheren Bestandes zurückgegangen, in Lübeck dagegen bei der Hebestelle der Ortskrankenkasse um mehr als 2000 gestiegen ist. Die Zahl der bewilligten Invaliden- und Krankenrenten hat sich gegenüber 1913 im Jahre 1916 mehr als verdoppelt, diejenige der Waisenrenten nahezu verfünffacht. Altersrenten sind infolge Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre im Jahre 1916 3133 gegen 313 im Jahre 1915 bewilligt worden. Auf dem Gebiete der Heilfürsorge hat sich die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Beinleiden besonders erfreulich entwickelt, und zwar hauptsächlich durch eine organisatorische Zusammenarbeit mit den Krankenkassen. Im Jahre 1916 betrug die Zahl der den Fürsorgestellen für Geschlechtskranke gemeldeten Fälle bereits mehr als 2000, und sie ist 1917 weiter erheblich gestiegen. In Hamburg konnte die Heilanstalt für Beinleiden dank der tatkräftigen Unterstützung des Ausschusses Hamburger Krankenkassen ihre Heilmaßnahmen für die Versicherten wesentlich vereinfachen und zugleich verbessern. Die Fürsorge für Waisen und kranke Kinder lebender Versicherter hat auch im Jahre 1916 eine weitere Zunahme erfahren. Die im Voranschlag für 1918 vorgesehene Gesamtaufwendung von 635 000 Mk. für Kinderfürsorgebestrebungen ist vom Ausschuß gutgeheißen worden. Hervorzuheben ist noch, daß die Landesversicherungsanstalt neuerdings eine besondere Fürsorge für kinderreiche Familien durch Bereitstellung größerer Mittel zum Zwecke der Beschaffung ausreichender Wohnungen usw. vorgesehen und damit in Hamburg mit Hilfe des dem Hamburgischen Landesverbande für Volksgesundheitspflege angegliederten Ausschusses für kinderreiche Familien bereits gute Erfolge erzielt hat. Außerdem wurde vom Ausschuß zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen für 1918 ein Beitrag von 1 Million Mark mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, daß kinderreiche Familien bei der Vergebung von Wohnungen vorzugsweise berücksichtigt werden. Für Kriegswohlfahrtszwecke sind von der Landesversicherungsanstalt seit Kriegsbeginn mehr als 3 Millionen Mark aufgewendet. Sie hat selbst 48 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet, während sich die Zeichnungen aller Versicherungsanstalten zusammen auf mehr als eine Milliarde Mark belaufen. Für das Jahr 1918 wurden gewählt: zu Vorsitzenden des Ausschusses Kaufmann Kurt Schede aus Hamburg; zum stellvertretenden Vorsitzenden Arbeitersekretär Mathias Güldenberg aus Hamburg; zu Beisitzern stellvertretender Direktor des Norddeutschen Lloyd Johann Spötter aus Bremen, Buchdrucker Johann Körner aus Lübeck.

Für die Geschäftsinhaber kommt demnächst die Zeit, in welcher sie die gesetzlich vorgeschriebene Inventur aufzunehmen haben. Bei der durch polizeiliche Verordnung beschränkten Arbeitszeit werden sie vielfach nicht in der Lage sein, die Inventurarbeiten in der vorgeschriebenen Arbeitszeit zu erledigen. Das Polizeiamt wird den Geschäftsinhabern tunlichst dann dadurch entgegenkommen, daß es ihnen, falls es die Umstände unbedingt gebieten, auf Antrag gestattet, diese Arbeiten außerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit vorzunehmen. Den betreffenden Geschäftsinhabern wird anheimgegeben, sich dieserhalb mit Anträgen an das Polizeiamt zu wenden. Sie werden indes gebeten, die Inventurarbeiten tunlichst auf einen Sonntag so zu verlegen, daß keine künstliche Beleuchtung verwendet zu werden braucht; namentlich wird dies den Ladeninhabern im allgemeinen möglich sein. Bei der Stellung der Anträge ist hierauf unter allen Umständen Rücksicht zu nehmen. Aus den Anträgen, die eingehend zu begründen sind, muß ersichtlich sein, an welchen Tagen die Arbeiten vorgenommen werden sollen und wie lange täglich gearbeitet werden soll.

Die Verjährungsfrist verlängert. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verjähren die sogenannten Forderungen des täglichen Lebens; besonders die Warenschulden von Privatpersonen und Lohn- und Dienstbezüge jeder Art usw. in zwei Jahren; Zinsen und Gehaltsrückstände, Unterhaltungsbeiträge und andere regelmäßig wiederkehrende Leistungen in vier Jahren. Diese Verjährungsfristen laufen mit dem Schluß des Kalenderjahres ab. Wie bisher seit Kriegsausbruch, hat der Bundesrat auch im laufenden Jahre die Verjährungsfrist für diese Forderungen sowie für gewisse sperrrechtliche Ansprüche um ein Jahr bis zum Ende des Jahres 1918 erstreckt. Die Wohltat der Fristverlängerung wird allen Forderungen der bezeichneten Art zuteil, die noch nicht verjährt sind, auch denen, deren Verjährungsfrist schon einmal oder mehrmals verlängert war. Die Empfänger der Waren, Dienstherrschaften, überhaupt alle, die solche noch nicht verjährenden Schulden bezahlt haben, tun gut, die erhaltenen Quittungen ein weiteres Jahr aufzubewahren.

Verteilung von Weihnachtsgebäck. Vom 20. Dezember ab werden Honigkuchen, Lebkuchen, Keks usw. und zwar auf je vier Lebensmittelkarten ein halbes Pfund verteilt. Aber nicht in Lübeck, sondern in Berlin. Was dort möglich ist, könnte vielleicht hier noch möglich gemacht werden.

Der 10 000. Einlieferer von Goldschmuck an die Lübecker Goldankaufsstelle erhielt am Sonnabend, wie man uns mitzuteilen ersucht, ein prachtvolles Hindenburg-Bild. Seit Beginn der Sammlungen sind für rund 267 000 Mk. Gold eingegangen und für nahezu 100 000 Mk. hochwertige Juwelen im neutralen Auslande verkauft. Die Goldankaufsstelle setzt selbstverständlich ihre Tätigkeit fort.

Die St. Gertrud-Bücherhalle ist ab 17. Dezember Mittwochs und Sonnabends von 3—4 Uhr nachmittags geöffnet.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat November in 175 Fällen gemeldet. Davon betrafen 152 Fälle (darunter 11 tödlich verlaufen) Diphtherie, 9 Scharlach, 9 Typhus, 4 Masern, 1 (tödlich) Ruhr.

Lübecker Schauspielgemeinde. Infolge von Besetzungsschwierigkeiten, die die besondere süddeutsche Färbung der „Lokalbahn"

von Thoma mit sich bringt, und die im Kriege nicht zu beheben sind, hat dieses Stück abgesetzt werden müssen. Dafür wird „Dyckerpotts Erben“ gegeben, eine satirische Komödie, die in Charakter und Wirkung ein voller Ersatz für jene ist, und außerdem den Vorzug der Neuheit hat. Die erste Aufführung findet am Donnerstag, dem 13. statt, gültig sind diesmal die gelben Karten.

Fürstentum Lübeck. Meldung der Hilfsdienstpflichtigen. Auf Grund weiterer Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst werden die nachstehend bezeichneten Personen aufgefordert soweit sie ihren Wohnort im Fürstentum Lübeck haben, sich in der Zeit vom 15. bis zum 18. Dezember 1917 beim Stadtmagistrat bezw. Gemeindevorstand ihrer Wohnortsgemeinde persönlich zu melden, um die für die Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen erforderlichen Angaben zu machen: 1. alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das siebzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht a) zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören oder b) auf Grund einer Reklamation vom Dienste im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind; 2. alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das siebzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit sie im Gebiete des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Hamburg. Burgfriedliche Bürgerschaftswahl. Bei der gestern stattgefundenen Bürgerschaftswahl in den Vororten Alsterdorf, Ohlsdorf und Groß-Borstel wurden insgesamt 306 Stimmen abgegeben, wovon 288 auf den Bergedorfer Bürgermeister Dr. Walli und 4 Stimmen auf einen Herrn Carl Fridolin fielen, während 14 Stimmen ungültig waren. Dr. Walli hat sich wiederholt als ein modernen Anschauungen zugänglicher Kommunalpolitiker erwiesen. — Verhaftung der Tostedter Posträuber. Die Polizeibehörde verhaftete bis jetzt sechs am Postraub in Tostedt beteiligte Personen, zwei Frauen und vier Männer. Eine Frau versuchte in einem Bankgeschäft der inneren Stadt 10000 Mk. Kriegsanleihen zu verkaufen, während ein Mann auf St. Pauli für 20000 Mk. solcher Wertpapiere zu Geld machen wollte. Beide wollten die Papiere von Unbekannten gekauft haben.

Wöhrden. Tödlich verunglückt ist beim Niederlegen von großen Bäumen auf dem Kirchhof der Zimmermeister und Bauunternehmer Stange aus Wackerhusen. Ein fallender Baum riß von einem anderen Baum einen Ast mit herunter, der Stange so unglücklich traf, daß er Kopf- und innere Verletzungen erlitt, denen er erlegen ist.

Bremen. Senatorwahl. Bei der gestrigen Ersatzwahl in den Senat an Stelle des verstorbenen Senators Dr. Meier entfielen auf Dr. W. Böhmert 44, auf Rechtsanwalt Dr. Scheerer 39 und auf Richter Dr. von Spreckelsen 37 Stimmen. In der darauf folgenden Stichwahl wurde Rechtsanwalt Dr. Scheerer mit 70 Stimmen gegen 50 Stimmen, die auf Dr. Böhmert fielen, zum Senator gewählt. Dr. Böhmert war der Kandidat der Liberalen, denen man seitens der Rechten einige Wahlhoffnungen gemacht hatte. Schließlich ließ man ihn, der sich bezeichnenderweise auch als Apostel der sogenannten Vaterlandspartei zur Freude der Eroberungspolitiker betätigte, doch durchfallen und wählte einen, von dem man keinerlei liberale Anwandlungen zu befürchten hat. — Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern abend gegen 7 Uhr auf der Hastedter Heerstraße ereignet. In nicht weitem Abstande folgten dort einander, von der Stadt herkommend und mit Arbeitern voll besetzt, zwei Straßenbahnzüge, beide aus Triebwagen und zwei Anhängern bestehend. Während der schnellen Fahrt löste sich bei dem vorderen Triebwagen plötzlich die Anschlußstange an der Oberleitung. Der Zug stockte. Die Folge war, daß der zweite Zug mit großer Gewalt auf den vorderen losfuhr und dessen letzten Anhängewagen zertrümmerte. Auch das Vorderteil des auffahrenden Triebwagens wurde schwer beschädigt. Von den Fahrgästen konnten einige noch rechtzeitig abspringen. Etwa zwölf Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Das Sanitätspersonal der Feuerwehr hatte eine Zeitlang zu tun, um diesen die erste Hilfe zu leisten und sie mit Krankenwagen in ärztliche Behandlung zu bringen.

Oldenburg. Gemeindewahlrechts-Anträge im oldenburgischen Landtage. Die liberale Fraktion des oldenburgischen Landtags hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag in dieser oder der nächsten Session Gesetzentwürfe zur Änderung der Gemeindeordnungen vorzulegen. Insbesondere sollen dabei folgende Punkte Berücksichtigung finden: Aktives und passives Wahlrecht für alle über 24 Jahre alten männlichen Personen, passives Wahlrecht für alle über 24 Jahre alten weiblichen Personen, Verhältniswahl, Streichung der jetzigen Zweidrittelmehrheit des Grundbesitzes in den Gemeindevertretungen, erhöhte Bewegungsfreiheit bei der Erschließung neuer Steuerquellen, erweiterte Gemeinde-Autonomie.

Aus Nah und Fern.

Schweres Eisenbahnunglück. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Düren: Heute morgen gegen 5 Uhr übersah im Bahnhof Düren der Schnellzug 253 von Herbesthal das Haltezeichen des Einfahrtssignals und stieß auf den Zug Nr. 5 auf. Es sind 18 Tote, 60 Verletzte festgestellt. Ein Hilfszug aus Aachen war baldigst zur Stelle.

Furchtbare Wirkungen der Explosion in Halifax. Nach einem Amsterdamer Blatte meldet die „Times“ aus Neuyork, daß in Halifax sechs Hafendämme vernichtet worden seien. Von 550 Kindern, die zur Zeit der Explosion in den Schulen waren, seien nur sieben dem Tode entronnen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Dezember. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean neuerdings 3 Dampfer und 1 Segler vernichtet, und zwar den englischen Dampfer „Claena“ mit Hafer, den englischen Schuner „Conovium“ mit Grubenholz, sowie 2 größere bewaffnete Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marie.

Kopenhagen, 11. Dezember. Aus Jassy wird gemeldet, daß an der rumänischen Front unter den russischen Soldaten auf die Meldung über die Waffenruhe vollkommene Fahnenflucht ausgebrochen sei. Überall werde demobilisiert. Die Soldaten-Komitees waren vollkommen machtlos. Sie mußten bereits zahlreiche Schützengräben und Befestigungen hinter der Front räumen, da es an Soldaten fehlt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zum Weihnachtsfest.

Erlauben uns die Anfrage, ob der Lübecker Staat uns wohl dieses Jahr auch etwas Mehl zum Weihnachtsfeste beschert, da wir doch im vorigen Jahr auch etwas erhielten. Wir könnten dann unsere Kinder damit erfreuen.

Mehrere Kriegerfrauen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Städtische Brennstoffversorgung.

Die dritte Verordnung über diesen Gegenstand erscheint in Nr. 581 der Lübeckischen Anzeigen.

Lübeck, den 11. Dezember 1917. (4024

Das Polizeiamt.

Ausgabe der Brennstoffkarten E.

(S. Verordnung vom heutigen Tage.)

Die Brennstoffkarten E werden am Freitag, dem 14. und am Sonnabend, dem 15. ds. Mts., ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt:

1. für Travemünde und Gneversdorf bei dem Polizeibezirk Travemünde,
2. für Schlutup bei dem Polizeibezirk Schlutup,
3. für Siems-Dänischburg bei dem Polizeibezirk Dänischburg,
4. für Kücknitz-Herrenwyk bei dem Polizeibezirk Kücknitz,
5. für Moisling und Genin bei dem Polizeibezirk Moisling,
6. für den übrigen städtischen Gemeindebezirk in Lübeck und zwar für:
   - a) die Vorstadt St. Gertrud im Hause Königstraße 25 (Bürgerverein),
   - b) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis F im Hause Königstraße 27—31 (Katharineum),
   - c) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben G bis J im Hause Mengstraße 6 (Ersatzkommission),
   - d) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben K bis P im Evang. Vereinshaus, Fischstr. 17,
   - e) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben R bis W im Hause An der Mauer 55 (Turnerheim),
   - f) die Vorstadt St. Jürgen im Hause Kronsforder Allee 19 (Brehmerhof),
   - g) die Vorstadt St. Lorenz südlicher Teil im Hause Lachswehr,
   - h) von der Vorstadt St. Lorenz nördlicher Teil die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis R im Hause Reuterkrug (Moislinger Allee),
   - i) von der Vorstadt St. Lorenz nördlicher Teil die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S bis Z sowie Kremoeledorf und Vorwerk im Hause Warendorfstraße 23 (St. Lorenz-Kegelhalle)

in der Zeit von 9 bis 1 und 4 bis 8 Uhr.

Das Lebensmittelkartenheft des Haushaltungsvorstandes ist mitzubringen.

Nicht rechtzeitige Abholung hat die Versagung der Brennstoffkarte zur Folge. Wird nachgewiesen, daß die Versäumung nicht auf Verschulden beruht, so kann die Karte von der Ortskohlenstelle nachträglich gegen eine Gebühr von 50 Pfennigen erteilt werden.

Mit der Brennstoffkarte E werden je eine Brennstoffkarte F und G ausgegeben, die zurzeit noch ungültig sind. Ueber den Zeitpunkt der Verwendbarkeit dieser Karten und eine weitere Ausgabe von Brennstoffkarten F und G werden besondere Bekanntmachungen ergehen.

Lübeck, den 11. Dezember 1917. 4025

Das Polizeiamt.

Lübecker Straßenbahn.

Eingetretener Umstände halber kann bis auf weiteres der Betrieb nur auf den Linien 12, 14 und 15 mit der Beschränkung aufrecht erhalten werden, daß die Wagen der Linie 12 zwischen Bahnhof und Schwartau und die Wagen der Linien 14 und 15 zwischen Kücknitz bezw. Schlutup und dem Geibelplatz mit einer Wagenfolge von 40 Minuten in beiden Fahrtrichtungen verkehren.

Lübeck, den 12. Dezember 1917. 4033

Für bewiesene Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Hänsel unseren innigsten Dank. (4041

H. Decker und Kinder.

Für die vielen Kranzspenden und Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau sage ich allen meinen besten Dank. (4042

H. Müller und Kinder.

Elektrizitätsversorgung.

Nachdem die Ueberlandzentrale Lübeck Aktiengesellschaft wegen Maschinenschadens den Betrieb bis auf weiteres eingestellt hat muß das städtische Elektrizitätswerk den gesamten Licht- und Kraftbedarf in Lübeck allein decken, außerdem noch den Verbrauch der Straßenbahn, soweit die vorhandenen Betriebsmittel ausreichen. Da das städtische Werk zufolge Ausscheidens der Ueberlandzentrale naturgemäß überlastet ist und ohne Reserven arbeitet, ergeht an alle Stromabnehmer die Mahnung, sich im Verbrauch von Elektrizität der größten Sparsamkeit zu befleißigen.

Lübeck, den 11. Dezember 1917. 4021

Die Betriebsbehörde.

Die Kasse der Oberschulbehörde ist vom Montag, dem 3. Dezember ds. Js. ab bis auf weiteres nur vormittags von 8½ bis 1 Uhr geöffnet. Während des Termins für die Schulgeldzahlung (13. Dezember 1917 bis 4. Januar 1918) wird die Kasse auch nachmittags von 3 bis 5 Uhr geöffnet sein. 4018

Lübeck, d. 1. Dez. 1917.

Die Oberschulbehörde.

Von Kriegerwitwe m. 1 Kind z. 1. Febr. 1 gr. leer. Zim. ges. Ang. unt. **S J** an die Exped. (4016

Am Montag abend entschlief unerwartet infolge Herzschlag mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- u. Großvater, der Schlachter

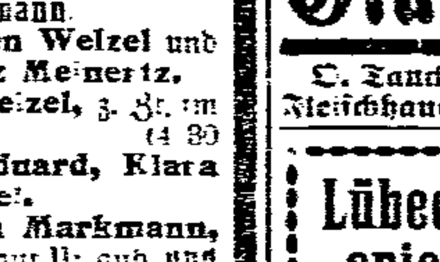
Hermann Hubert Welzel

im 66. Lebensjahre, tief betrauert von den Seinen

Magdalene Welzel geb. **Markmann.**
Mariechen Welzel und **Heinz Meinertz.**
Ernst Welzel, z. Zt. im Felde. (4030
Dora, Eduard, Klara Welzel.
Hermann Markmann, z. Zt. auf Urlaub, und Frau geb. Jabs

Lübeck, d. 12. Dez. 1917.
Langer Lohberg 56 4.

Trauerfeier Sonnabend, den 15. Dezember, nachmittags 1½ Uhr, in der Kapelle Vorwerk.



Statt besonderer Anzeige.

Am Dienstag morgen entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, meiner beiden kleinen Kinder treusorgende Mutter

Emilie Dornheim, geb. Lessow

im 33. Lebensjahre, tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen, die ihr nahe standen. (4031

Wilhelm Dornheim nebst Kindern.

Moisling, den 12. Dezember 1917.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 16. Dezbr., 11 Uhr vom Trauerhause aus nach Genin statt.

Ruhe sanft!

Gesucht zum 1. April eine

2- od. 3-Zimmer-Wohnung.

Ang. unt. **S 144** a. d. Exp. (4039

Einige Geschichtenbücher

preiswert zu verkaufen.

4017) Pelzerstr. 25 a.

Ein Puppen Sportw. zu verk.

4034) Friedenstr 9 II.

Ein kleines Sofa

zu verkaufen (4035

Balauerfohr 3. pt

Spielsachen zu verkauf.

Schiebkarre, Bleisoldaten usw.)

4036) Glandorpstr. 26, I.

Verkäuflich: 1 nußb. Sofatisch, wie neu erhalten. (4037

Mühlenstr. 33, II.

Kl. guterhaltenes Sofa

zu kaufen gesucht. Angeb. unter **F V 12** an die Exp. (4029

Kauf von Säcken. (4038

B. Tesmer, Dankwartsgrube 15.

Glasscheiben

aller Art off.

C. Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2808 (4040

Lübecker Schauspielgemeinde.

Donnerstag, d. 13. Dezember:

Dyckerpotts Erben.

Gelbe Karten. (4026

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Nachdem die am 10. Dezember stattgefundene Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der

3 Prozent Rabatt

für im Geschäftsjahr 1916-17 entnommene Waren am **Mittwoch, dem 12., Donnerstag, dem 13., Freitag, dem 14. u. Sonnabend, dem 15. Dezember** während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

An Kinder unter 12 Jahren wird nicht ausbezahlt.

4020 **Der Vorstand.**

Lübecker gemeinnützige Milchversorgung

e. G. m. b. H.

Für unsere Mitglieder stellen wir

eine Partie Käse

in der Käsehandlung von

J. E. Peters, Wahmstraße 29

zum Verkauf.

Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorzeigung unserer Ausweiskarte u.

soweit Vorrat reicht.

Auf jede Karte wird ein halbes Pfund zum Preise von 80 Pfg. verabfolgt.

Verkaufstage Freitag und Sonnabend. 4027

Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck

Ordentliche

Ausschußsitzung

der Vertreter

Donnerstag, den 20. Dez. 1917

abends 8½ Uhr

in Kempters Gesellschaftshaus (Bürgerverein) Königstr. 25.

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1918.
2. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des Jahres 1917 und des Voranschlages für das Jahr 1918.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten (Mitteilungen des Vorstandes).

Bei Behinderung des Ausschußmitgliedes wird der Vertreter zugezogen, wenn dies spätestens 3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.

Die Ersatzmänner der Ausschußvertreter können der Versammlung als Zuhörer beiwohnen.

Lübeck, den 3. Dez. 1917.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes.

4022) Joh. Körner.

Die St.-Gertrud-Bücherhalle

Kottwitzstr. 19, I, ist vom 15. Dezember 1917 an am Mittwoch u. Sonnabend von 3—4 Uhr geöffnet. (4028

Hansa-Theater.

Mittwoch, den 12. Dezember abends 7 Uhr (4023

Die schöne Ungarin.

Stadttheater. 4032

Mittwoch, den 12. Dez. 1917

Die Csardasfürstin.

Donnerstag, d. 13. Dez. 1917

Schauspielgemeinde:

Dyckerpotts Erben.

Komödie v. Robert Grötzsch.

(Gelbe Karten.)

Freitag, den 14. Dezbr. 1917

Hans Heiling.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Nr. 291
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch,
den 12. Dezember 1917

Waffenstillstände und ihre Geschichte.

Es ist die Regel, daß Waffenstillstände schließlich zum Friedensschluß führen; allein wie von jeder Regel, so gibt es Ausnahmen auch von dieser. Das berühmteste Beispiel einer solchen Ausnahme bietet wohl der Waffenstillstand, der nach den Schlachten von Lützen und Bautzen zwischen Napoleon und den Verbündeten geschlossen wurde. Es ist ein weltgeschichtlicher Waffenstillstand geworden. Denn in ihm entschied sich die Frage, ob Oesterreich auf die Seite der Verbündeten treten würde oder nicht. Napoleon rechnete mit Sicherheit darauf, seinen Schwiegervater von den Verbündeten abtrennen zu können, und die deutschen Patrioten zitterten, daß unverhältnismäßige Zugeständnisse an Napoleon die Befreiung Deutschlands zunichte machen könnten. Aber Napoleon zeigte sich selbst sehr entgegenkommenden Friedensvorschlägen gegenüber unzugänglich, und damit entschied er sein Schicksal. Als die letzte Stunde des Waffenstillstandes geschlagen hatte, atmeten die Stein und Arndt, die Blücher und Gneisenau erleichtert auf, das Los des Korsen war geworfen; und es waren Augenblicke dramatischer Spannung, die das Ende dieses Waffenstillstandes begleiteten. Umgekehrt hat wohl nie ein Waffenstillstand dramatischer begonnen, als der, der 1866 den Friedensschluß zwischen Preußen und der habsburgischen Monarchie einleitete. Am 22. Juni standen Oesterreicher und Preußen bei Blumenau im Gefechte, und noch wurde von beiden Seiten hart um die Entscheidung gerungen, als gegen Mittag die Nachricht von dem vereinbarten Waffenstillstande eintraf und so dem Kampfe mitten in seiner Entwicklung ein Ende machte. Da hieß es „Das Ganze halt", und bald hatte der Frieden den Krieg abgelöst.

Die Geschichte der Waffenstillstände geht sehr weit in der Kriegsgeschichte zurück. Oft ergab sich nach heftigen Schlachten auf beiden Seiten das Bedürfnis, die Gefallenen zu begraben, die Verwundeten aber zu sammeln und hinter die Front zu führen. Oder handelte es sich um Städtebelagerungen, so gönnte man wohl Fremden und Frauen eine Frist, die Stadt zu verlassen, und ließ während dieser Zeit die Waffen ruhn. Das sind sozusagen die geschichtlichen Urformen der Waffenstillstände gewesen. Es sind auch Fälle vorgekommen, in denen sich Waffenstillstände infolge der Erschöpfung beider Parteien gleichsam von selbst als zwingendes Bedürfnis aufgedrängt haben. So geschah es während des furchtbaren Ringens um Sebastopol, während dessen man nach jedem großen Kampfe auf eine stille Vereinbarung die Feindseligkeiten, sei es für ein paar Stunden, sei es für einen Tag oder auch einige Tage einstellte, um die gewaltige Menge der Toten beiseite zu schaffen und den Kämpfern einige Ruhe zu gönnen. Und während dieser halberzwungenen Waffenstillstände sah man die Soldaten beider Heere, die sich noch eben wütend bekämpft hatten, friedlich miteinander verkehren. Der ausgedehnteste und kulturgeschichtlich wichtigste aller Waffenstillstände, die je geschlossen worden sind, war wohl die berühmte „Treuga Dei", jener Gottesfrieden des Mittelalters, durch den der durch Fehden, Kriege und Gewalttätigkeiten jeder Art geplagten damaligen Menschheit wenigstens für die zweite Wochenhälfte eine friedliche Schonzeit gesichert wurde.

In der Regel ist es, wie auch diesmal, der besiegte Teil, der um einen Waffenstillstand ersucht. Doch auch davon gibt es Ausnahmen, und eine der berühmtesten bildet das Vorgehen Bonapartes im Jahre 1797. Damals war er, zum Teil auf Gefilden, die jetzt den glänzenden Sieg der verbündeten Streitkräfte gesehen haben, durch Oberitalien bis nach Leoben vorgedrungen, von wo aus die Straße nach Wien vor ihm lag. Da richtete er an den Erzherzog Karl folgenden Brief: „Herr Obergeneral! Die tapferen Soldaten führen Krieg und wünschen Frieden. Dauert er nicht schon seit sechs Jahren? Haben wir nicht genug Leute getötet und der traurigen Menschheit nicht genug Uebel verursacht? Sie beklagt sich von allen Seiten." Dieser pathetische Brief (im Vereine mit Bonapartes strategischer Stellung) tat seine Wirkung: er führte zum Abschlusse eines Waffenstillstandes, aus dem nachher der Friede von Campo-Formio hervorging. Bonapartes Aufforderung zum Waffenstillstande war nun jedenfalls ehrlich gemeint; die Geschichte kennt aber auch den Waffenstillstand als Kriegslist. Es war im Jahre 1805, wenige Tage vor der Schlacht bei Austerlitz, als ein Marschall Napoleons, der seine Vorhut befehligte, sich Kutusoff gegenüber sah, und zwar stieß er dabei auf weit größere Streitkräfte, als er vermutet hatte. Da scheute er denn doch vor einem Gefecht zurück und ließ bei den Russen auf einen Waffenstillstand antragen. Der Humor der Sache lag darin, daß Kutusoff vor seinem Gegner ebensoviel Angst hatte, wie dieser vor ihm. Also ging er mit Eifer auf den Vorschlag ein, verhandelte, zögerte, verschleppte und ließ während dessen seine Armee ganz langsam nach und nach verschwinden. Als die Verhandlungen schließlich abgebrochen wurden, waren die Russen verduftet und den Franzosen war eine günstige Gelegenheit entgangen. Napoleon nahm den spaßigen Vorfall keineswegs von der humoristischen Seite, sondern schrieb seinem Marschall einen bitterbösen Brief, der mit den Worten schloß: „Sie bringen mich um die Frucht eines ganzen Feldzuges."

Wiedereinführung des Konzessionssystems für Aktiengesellschaften.

Fast unbemerkt von der Oeffentlichkeit, außerhalb der Unternehmerkreise ist am 2. November die Bekanntmachung des Bundesrats ergangen, durch welche Neugründungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung bei einem Kapital von mehr als 300 000 Mk. Kapitalserhöhungen und ähnliche Finanzoperationen in Zukunft der Genehmigung der Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium bedürfen. Damit ist Deutschland zu dem Konzessionssystem für Aktiengesellschaften zurückgekehrt, das seit dem 11. Juni 1870 vollständig beseitigt war. Einer der Grundpfeiler, auf dem sich der Kapitalismus in unbeschränkter Wirtschaftsfreiheit erhob, ist damit zerstört. Und diese neue Störung der Staatsgewalt fällt zusammen mit der Beratung einer Vorlage im preußischen Landtag, durch welche eine preußische Staatsbank geschaffen wird, indem man das Kapital der früheren Seehandlung um 60 Millionen Mark erhöht; nach den Worten des Finanzministers Dr. Hergt zu dem ausgesprochenem Zweck, „auf dem Geldmarkt durch eigene Unternehmungen Einfluß zu gewinnen, damit der Staat sich nicht den Bedingungen einer übermächtig gewordenen Großfinanz zu fügen habe".

Diese Schritte zur Verstärkung der Staatsgewalt im Wirtschaftsleben sind natürlich von den Vertretern des Manchester-Liberalismus hart getadelt worden. Umsomehr als die Verordnung vom 2. November hervorhebt, daß durch die Wiedereinführung der Konzessionspflicht für Neugründungen oder Erweiterung von Aktiengesellschaften der Kapitalmarkt nicht nur für die Dauer des Krieges zur Befriedigung der Geldansprüche des Reiches offen gehalten werden soll, „sondern auch für die **Uebergangszeit nach dem Friedensschluß** darauf Bedacht zu nehmen ist, daß die alsdann verfügbaren Mittel mit äußerster Sparsamkeit verteilt und in die richtigen Kanäle geleitet würden". Damit ist dem sogenannten freien Spiel der Kräfte, dem Ideal des Wirtschaftsliberalismus, erneut schärfster Abbruch getan.

Einer der Hauptgründe zu dieser Maßregel ist wohl die Verwässerung des Aktienkapitals, die während des Krieges in größtem Umfange betrieben wird. Um nicht allzuviel Dividende zu verteilen, sind die Erwerbsgesellschaften in einem höheren Maße dazu übergegangen, ihre übermäßigen Kriegsgewinne durch Ausgabe von Gratisaktien oder Aktien zu sehr niedrigem Kurs zu verdecken. Auf diese Weise entzogen sie zugleich große Gewinnbestandteile der Kriegsgewinnsteuer. Dieser Kapitalaufschwemmung, die keineswegs durch ein wirkliches Kapitalbedürfnis begründet war, macht die Verordnung vom 2. November ein Ende.

Die dagegen erhobenen Einwendungen rein kapitalistischer Natur sind lächerlich. Man fürchte anzeblich, daß nach erteilter Konzession zur Kapitalerhöhung das Publikum glauben werde, daß die Industriepapiere nun ebenso sicher wie Staatspapiere seien und für später etwa eintretende Verluste den Staat verantwortlich machen werde. Wenn das Publikum wirklich so dumm ist, geschieht es ihm recht, wenn es Geld verliert. In Wahrheit hat die Genehmigung mit der Güte des Unternehmens nichts zu tun; sie sagt nur darüber etwas aus, ob für das von dem betreffenden Unternehmen entworfene Programm mit Rücksicht auf die staatlichen Interessen Geld aufgenommen werden darf: ob der Plan des Unternehmens zugleich wirtschaftlich und gewinnbringend ist, ist eine ganz andere Frage.

Hingegen läßt sich die Verordnung vom sozialistischen Standpunkt aus als noch ergänzungsbedürftig bezeichnen. Die Aktiengesellschaften haben tausend Wege, um auch ohne formelle Kapitalserhöhung sich neue Gelder zu verschaffen. Die Regierungsaufsicht über den Geldmarkt muß nicht tiefer eindringen, wenn sie nicht riskieren will, daß die Kapitalisten ihr bei jeder Gelegenheit Schnippchen schlagen. Soll die Kontrolle aber wirklich erschöpfend sein, dann kann sie nicht alle Aktiengesellschaften umfassen, sondern muß sich auf die wirklich entscheidenden Großbetriebe beschränken. Somit erscheint die Verordnung vom 2. November als Vorstufe zur Erfüllung der Gewerkschaftsforderungen zur Uebergangswirtschaft, daß in die Verwaltung der großen monopolartigen Privatunternehmungen Vertreter der öffentlichen Interessen insbesondere auch Arbeitervertreter entsandt werden. Die Verordnung vom 2. November ist nur ein erster Schritt, dem ohne Rücksicht auf das Geschrei der in ihrer Profitmacherei vielleicht gestörten Unternehmer weitere Schritte in gleicher Richtung folgen müssen.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumenten-Kammern. Der Rechtsausschuß des Schwarzburg-Rudolstädter Landtages hat über die Eingabe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, betreffend Berücksichtigung der Konsumgenossenschaften in geeigneten öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen, folgendes Gutachten abgegeben:

Die Notwendigkeit der Interessenvertretung der Verbraucher wird allseitig anerkannt. Doch sind die anwesenden Abgeordneten, wie auch der Vertreter der Staatsregierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine gute und leistungsfähige Interessenvertretung der Konsumenten vor allem infolge der zerrissenen Verhältnisse Thüringens und der wesentlich andern Ziele der vorhandenen 12 Handelskammern bei diesen kaum erreicht werden kann. Man hält auch die Vereinigung mit einer der mehreren voraussichtlich in nächster Zeit zu errichtenden Arbeitskammern für Thüringen nicht für zweckmäßig. Vielmehr glaubte der Rechtsausschuß und die übrigen Beteiligten, daß eine gute und fruchtbringende Arbeit nur dann geleistet werden kann, wenn eine besondere Konsumentenkammer für die Thüringer Staaten errichtet wird.

Vorabeiten und Vorbereitungen können am besten gemeinsam nach Erlaß eines Reichsarbeitskammergesetzes mit den Vorbereitungen für eine Arbeitskammer erfolgen. Die Aufgaben der Konsumentenkammer müßten sein:

1. Schutz der Verbraucher vor Uebervorteilung bei Beschaffung von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln durch Preis- und Wertprüfung unter Beihilfe von Untersuchungsanstalten.

2. Beratungen und gutachtliche Aeußerungen bei gesetzlichen Maßnahmen, die in die Versorgungsverhältnisse der Verbraucher eingreifen.

3. Aufklärende Tätigkeit auch in der Oeffentlichkeit bei Vertrieb von minderwertigen Bedarfsartikeln, wobei den Ersatzfabriken besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.

4. Erfüllung und Fortentwickelung der Aufgaben, die während des Krieges von den Nahrungsmittelausschüssen bei den verschiedenen Behörden und Kriegsgesellschaften erfüllt werden. Die Finanzierung einer solchen Kammer wäre verhältnismäßig leicht.

Wenn die Konsumvereine von der Beitragspflicht zu den Handelskammern befreit werden, könnten die frei gewordenen Beiträge für die Konsumentenkammern eingezogen werden. Damit dürften die Hauptausgaben schon gedeckt seien. Was fehlt, könnte von den beteiligten Staaten aufgebracht werden.

Die Zusammensetzung der Kammer würde so erfolgen, daß der größte Teil der Mitglieder von den Konsumvereinen gestellt wird und Vertreter aus anderen Verbraucherkreisen zugezogen würden.

Der Rechtsausschuß empfiehlt deshalb dem Landtag, die Eingabe der Regierung zur wohlwollenden Erwägung im Sinne des Gutachtens des Rechtsausschusses zu überweisen.

Der Landtag schloß sich in seiner Sitzung vom 8. Dezember 1917 dem Gutachten einstimmig an.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im
Lübecker Volksboten

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

23. Fortsetzung.

„Was ich daraus folgere? Brauche ich das zu sagen? Folgern Sie selber: die Moral der Geschichte scheint mir nicht schwer zu finden!"

„Sie werden doch nicht andeuten wollen," rief Sibylle, plötzlich über und über dunkelerrötend und mit vor Zorn bebender Lippe, „Sie werden doch nicht die Verwegenheit haben, anzudeuten, daß mein Vater mit diesen Mordtaten oder was es sein mag, irgendeine Verbindung habe!"

„Beruhigen Sie sich, Demoiselle Ritterhausen; nehmen wir die Dinge wie sie sind; ich habe Sie meiner Ergebenheit und Dienstbeflissenheit hinreichend versichert; ich will nichts andeuten, nichts behaupten, ich will nur mit Ihnen überlegen, auf welche Weise . . ."

„Mein Herr," fuhr Sibylle entrüstet dazwischen, indem sie aufstand, „ich danke Ihnen für eine Freundschaft und Ergebenheit, welche sich darin zeigt, daß Sie mir Unverschämtheiten sagen. Haben Sie die Güte, mich zu verlassen, oder ich . . ."

„Sacht, sacht, meine teure Demoiselle," fiel hier Monsieur Ermanns ein, „stoßen Sie meine wohlwollende Teilnahme nicht von sich, denn Sie würden dann sehr unglücklich werden. Ich bin in der Tat nicht so unverschämt und verwegen, wie Sie sagen. Wenn ich aus der Lage der Dinge den Schluß gezogen habe, daß Herr Ritterhausen der intellektuelle Urheber, wie die Juristen sich ausdrücken, dieses Mordes an dem Grafen von Epaville ist, so habe ich noch eine ganz bestimmte Tatsache, welche die Folgerungen meiner Vernunft unterstützt."

„Ich glaube, ich habe schon mehr, als es sich für eine Tochter ziemt, von Ihren Folgerungen angehört, und deshalb . . ."

„Nur noch einen Augenblick," fiel der Polizeibeamte, immer in seinem ruhigen, freundlichen, halb demütigen, halb ironischen Tone bleibend, fort. „Sagen Sie mir, was hat der Deserteur zu bedeuten, welchen man seit den letzten Tagen in der Rheider Burg versteckt gehalten hat und nach dessen Befinden Sie vor kurzer Zeit sich so teilnehmend erkundigt haben — Sie, Mademoiselle Ritterhausen!"

„O, mein Gott!" rief Sibylle aufs neue totenbleich werdend aus und fiel halb ohnmächtig auf ihren Stuhl zurück.

Monsieur Ermanns schien der furchtbaren Erschütterung des jungen Mädchens, ihrem ohnmachtähnlichen Zustande durchaus keine Bedeutung beizulegen. Er fuhr zu reden fort, nur daß jetzt seine Stimme einen strengen Ernst annahm und seine Blicke stechend über seine Brille fortschossen.

„Ich muß hiernach annehmen," sagte er, „daß Sie in das, was geschehen ist, vollständig eingeweiht sind. Der Deserteur, der Ihre Teilnahme in Anspruch genommen hat, ist das Werkzeug gewesen, dessen Ihr Vater sich bedient hat, und Sie, Demoiselle Ritterhausen, kennen dieses Werkzeug und sind in Sorge darum, ob der Mörder sich früh genug vom Schauplatz seines Verbrechens gerettet hat, ob er nicht in die Hände der Gerechtigkeit gefallen ist! Sie gestehen mir das ein, Mademoiselle?"

Sibylle bedeckte ihr Gesicht mit beiden Händen, durch deren Finger sich jetzt die hellen Tränen drängten.

„Nicht wahr, Sie gestehen das ein?"

Sibylle antwortete nicht. Aber für sich sagte sie: „O, diese Strafe ist fürchterlich — aber sie ist gerecht, gerecht!"

„Die Strafen der Verbrechen sind immer gerecht," fiel der Polizeibeamte, dessen scharfes Ohr ihre geflüsterten Worte vernommen hatte, ein; „und doch treffen sie den einen weit härter als den andern, je nach seinem Charakter, seiner Erziehung, der Stellung, welche er im Leben einnimmt. Für den Ehrgeizigen, den Gebildeten, einst angesehenen Mann, den die Leidenschaft zum Verbrechen verführt, ist die öffentliche Bestrafung, zum Beispiel die Ausstellung, etwas, worin für ihn eine Hölle liegt, während der in Ruchlosigkeit aufgewachsene, verkommene Mensch sich gar wenig daraus macht. Dennoch ereilt diese Strafe beide für dasselbe Verbrechen. Freilich ist der eine strafbarer als es der andere ist: ob aber in dem Maße, wie ihn die Strafe grausamer trifft — wer kann das bestimmen! Wir sind alle Sklaven unserer Leidenschaften und moralische Blindheit läßt uns in Verbrechen fallen, wie physische Blindheit in Abgründe. Der Mensch ist eben wie er von der Natur gebildet worden, und wenn er seinem Nachbar das Haus anzündet, wer weiß, wo da der erste Funke zu dem verderblichen Feuer eigentlich steckte und aufglomm — ob nicht vielleicht in einem ungesunden Blut, das in seinen Adern stockte und mit anderen Säften in feindliche Reibung geriet und gor, und ihn in einen Zustand versetzte, worin er der bedauernswürdige Sklave eines Triebes und Dranges wurde, der ihn zu dem führt, was wir dann Verbrechen nennen und das wir dann unnachsichtlich bestrafen. Das letztere ist freilich auch nicht zu umgehen. Was soll man da machen! Aber aus dieser meiner Ansicht von den Dingen sehen Sie, Mademoiselle, daß ich nicht der Mann bin, über solche Tatsachen, wie sie hier in Frage sind, in eine unerbittliche moralische Entrüstung zu geraten. Die aufrichtige Teilnahme, von der ich Ihnen vorhin sprach, bleibt Ihnen dennoch in ungeschmälertem Maße, und ich will jetzt dazu übergehen, sie Ihnen durch die Tat zu beweisen. Sagen Sie mir, kennen Sie unser französisches öffentliches Gerichtsverfahren, unsere Assisenhöfe, Demoiselle Ritterhausen?"

Sibylle antwortete nicht. Wie versunken in einen tiefsten Gram, der sie für alles, was außer ihr vorging, unempfindlich machte, saß sie auf ihrem Stuhle da, das Gesicht noch immer in ihren Händen bergend.

„Ich bitte um Antwort, Mademoiselle," sagte der Polizeibeamte scharf, „kennen Sie unsere Geschworenengerichte?"

Sibylle blickte auf und wandte ihm ihre totenbleichen, mit Tränen benetzten Züge zu.

„Glauben Sie denn wirklich, können Sie wirklich glauben," antwortete sie mit stammelnder Lippe, „daß mein Vater . . ."

„Was kann Ihnen daran so viel liegen, Mademoiselle, ob ich glaube oder nicht glaube? Es hat für Sie gar keinen praktischen Wert, was ich persönlich glaube," versetzte Monsieur Ermanns mit bitterm Lächeln; „lassen wir es also getrost aus dem Spiele und hören Sie mich jetzt ruhig an. Sehen Sie, das Geschworenengericht ist eine Einrichtung, die das Merkwürdige hat, daß sie — wenigstens wenn es sich um gebildete Leute handelt — für den Unschuldigen, der vor dasselbe gezogen wird, eine gerade so harte Strafe enthält wie für den Schuldigen. Man führt nämlich den Angeklagten in einen großen Saal. Ihm gegenüber setzt man zwölf ehrsame Bürger, Krämer, Schneider und Handschuhmacher, hin, und dann läßt man herein, wer immer von Kreti und Pleti kommen will, sich die Geschichte anzugaffen. Dann gibt man sich einer ganz rückhaltlosen, durch keine Rücksicht eingeschränkten Erörterung seines Charakters, seiner Vergangenheit, seiner Verhältnisse hin — das alles vor der Menge des zusammengeströmten Volks, vor dem Pöbel, dem dieser öffentliche obrigkeitliche Skandal ein wahres Fest ist. Der öffentliche Ankläger häuft alle Schändlichkeit, die sich nur erfinden läßt, auf des unglücklichen Angeschuldigten Haupt. Er macht ihn schwarz wie die Hölle. Der Verteidiger eifert dagegen an; hat jener im Namen der beleidigten Tugend und Moral ihn zu einem wahren Dämon gestempelt, so macht ihn dieser im Interesse der Humanität zu einem Heiligen. Er legt den Heiligenschein aller häuslichen und öffentlichen Tugenden um ihn. Mit dem Flammenschwert der Beredsamkeit streiten beide um seine arme Seele, wie Teufel und Engel am Tage des Jüngsten Gerichts. Das alles in Gegenwart des Angeklagten; in seiner Gegenwart wird Zeuge nach Zeuge vorgeführt und durch einen Eid gezwungen, ihm ins Gesicht zu werfen, was er von ihm gesehen, gehört, jemals gedacht hat.

„Diese moralische Folter, diese wahre Höllenpein für den Angeklagten, weit schlimmer als fünf Jahre Gefängnis oder Festungshaft, findet statt, damit die zwölf Geschworenen bejahigt werden, am Ende, nach Maßgabe ihres Mutterwitzes, das Verdikt zu fällen, das heißt, auf die Frage nach der Schuld des Angeklagten Ja oder Nein zu sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 46 — 24. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 12. Dezember 1917

Meiner Mutter.

Du armes Mutterherz, so sehr ans Irdische gebunden
durch einen Sohn, um den du bitter bangst,
glaub mir, ich hab' in manchen schweren Stunden
deinen großen Schmerz wie meinen eigenen empfunden,
deine immerwährende, so schwere Angst.

Du gehst durch Zimmer, die von mir verlassen,
leer sind und ohne alles Licht,
dein Schritt ist schwer, und wenn die Tage früh verblassen
und wieder dich allein und ohne Zeichen meines Lebens lassen,
Mutter, weinst du dann nicht?

Und weinen nicht Unzählige mit dir, die alle
nur eins vom Leben noch ersehnen so wie du?
Daß keiner, den sie schwer im Schwalle
der Schmerzen einst geboren, töte oder falle!
Ersehen diesen Tag nicht Tausende wie Du?

Und wir? Von keiner Ruh beglückt und keiner Feierstunde,
fern allem so geliebtem Leben, nah dem Tod,
wir leiden bitter unter jeder, jeder Wunde,
die wir dem Menschen schlagen und im Grunde
unserer verarmten Herzen klagt der Menschheit Not.

Mutter, habe Geduld und sammle Kräfte mit den vielen Müttern:
das Liebeswort der Mütter tut der Menschheit not.
Es wird die Herzen mehr als Massentod erschüttern,
und Schuldige am Morden werden vor ihm, ihrem strengen
Richter zittern.
Sprecht, Mütter! Euer Herz weiß aller Menschen Menschlichstes
und ist Gebot!

Hans Gathmann.

Von meiner Straße.

Nachfolgende Skizze unseres Genossen Robert Grötzsch, dem Verfasser von „Dckerpotts Erben", bringen wir aus einem Novellenband, der demnächst bei Egon Fleischel & Co. erscheint.

Holde Leserin — und auch du lieber Leser! — wenn euch wieder einmal vorgeschwärmt wird, die Erinnerung vergolde alles, so glaubt's nicht. Glaubt es nicht! Sie vergoldet manche Luderei, aber nicht jede.

Ich zum Beispiel kann ohne Herzbeklemmung träumen, ich sei wieder zehnjährig und tripple in finsteren Wintermorgen mit Milchkrügen in die Häuser der Kunden; oder: ich sei wieder neunzehn und säße ohne Schlafgeld auf der Penne; oder: ich müsse die zwanzig Prozesse, die mir meine Redakteurstätigkeit bescherte, noch einmal und zwar an einem Tage durchfechten; oder: ich würde wieder zehn Stunden lang im federlosen mazedonischen Kastenwagen auf der albanischen Straße nach Prizren durcheinander geschüttelt. . . . Ueber all dem schimmert der herbstbunte Hauch des Vergangenen. Aber ich kann nicht von der Spengler(Klempner)-werkstatt meiner Lehrzeit träumen, ohne in Schweiß und Grimm zu erwachen.

Auf den Dächern, dreißig Meter über dem irdischen Trubel, war mein Lehrlingsdasein noch einigermaßen farbig. Und voll gefährlicher Möglichkeiten. Nicht allein wegen der vielfachen Absturzanschlüsse! Ich bin zweimal mit komplettem Werkzeugkasten in die Tiefe gerasselt: einmal zehn und einmal acht Meter — macht zusammen achtzehn. Etwa die Höhe einer dreistöckigen Vierfamilienvilla! Dabei brach eine Leiter, riß ein Strick, zerknallte ein Gurt und zerkrachten zwei dicke Bretter — nur ich blieb ganz.

Nein, nein — gefährlich war nur die ewig lockende Fernsicht. Man sitzt dort oben an der Dachkante oder auf Kirchtürmen — und ich hämmerte mit Vorliebe auf alten Kirchen herum —, sieht, wie die Landstraßen weit, weit draußen unter den violetten Schleier des Horizonts kriechen, kommt ins Sinnieren hinein, aber nicht wieder heraus. Mit Recht zitterte darum immer ein tiefer Pessimismus im Schnupftabaksbaß meines Altgesellen, so oft er mir versicherte: „Junge, Junge, wenn du noch mal 'n zünftiger Spengler wirst, werd ich noch mal Pastor!"

Er ist kein Pastor geworden, denn ich hatte den Lehrlingsschurz kaum abgestreift, als mich die Landstraße verschluckte. Auf Jahre hinaus. Und in diese Zeit liegt jenes ganz kleine, unbeträchtliche Erlebnis begraben, das mir heute noch einen gelinden Schauder über den Leib jagen kann. Es endet bei Basel und beginnt eigentlich unter einem Baume bei Leipzig.

Unter diesem Baume saßen wir: der Buchbinder und ich. Neubacken, frisch dem Elternhause entsprungen, mit festen Stiefeln und Wanderstock und Felleisen auf dem Rücken, fesch und zünftig, wie man Handwerksburschen heute nur noch auf alten Oeldruckbildern sieht. Dann kam er wie ein Symbol, das uns der Himmel tendenziös an die Worte unseres Ausmarsches heftete. Er, der erste Handwerksbursche, dem wir in den ersten Stunden unserer Wanderschaft begegneten.

„Servus!"

Und er pflanzte sich flüchtig vor uns auf.

Ich vergaß das Grüßen. Denn was da vor mir stand, waren ein Paar mit Stricken zusammengehaltene Schuhe, darüber eine Hose, die sich in Ziehharmonikafalten herabringelte und die mit Nägeln an einem Gurt hing, als sei das Ganze an den Leib genagelt.

„Der bleibt nicht lange so mit euch zwei," lächelte das merkwürdig junge, gutgehaltene Gesicht über den Kragen der zerfetzten Jacke hinweg, ließ die Blicke [illegible] über unsere solide Aufmachung gleiten und trottete dann wie auf Stelzen davon.

Wir sahen ihm mit ablehnender Verwunderung nach, bis ihn der Wegstaub verschlungen hatte.

„Wie man so herunterkommen kann", sagte der Buchbinder.

Ich schüttelte nur den Kopf. So herunterkommen — nein, nein — nie! Dann gingen wir. Und dann verschlang uns der Wegstaub. Wochenlang, monatelang. Seit früher Jugend her war es mein ehrgeiziges Ziel, in allen schiffbaren Gewässern Deutschlands zu baden. An einigen Stellen verhinderte das die Polizei. Sie duldet keine Romantik und keine Handwerksburschen, die sich gewaschen haben.

Immerhin kam ein Tag, da mir in meiner Sammlung nur noch Ruhr und Wupper fehlten. Die Landstraße grinste aus allen meinen Knopflöchern, hatte die Strumpfsohlen durchfressen und die Kleiderränder angenagt. Stock und Felleisen, die Kleinodien des zünftigen Handwerksburschen, fehlten. Ich bummelte mich an der Schweizer Grenze, grübelte unzufrieden am Rheinufer entlang und suchte den Schleier meiner Zukunft zu durchdringen. Grün, hell und durchsichtig spülte der Strom durch sein gewaltiges Bett, schäumte durch die Bogen einer uralten Brücke und wusch ihre verwitterten steinernen Füße mit gieriger, immer gleicher Heftigkeit. Wenn ich mich über das hölzerne Geländer bog, zeichnete sich im grünlichen Wasser das Spiegelbild eines jungen Menschen, der von der hoffnungslosesten Uniform der Welt tyrannisiert wurde. Dreimal zauberte ich das Bild hervor und dreimal zuckte ich mit dem gleichen Gefühl der Abneigung hinter die hölzerne Schutzwehr.

Da trieb der himmelblaue Vormittag zwei Gesellen den schmalen Uferpfad daher: neubacken, wie sie dem Elternhause entsprungen, jung, fröhlich, mit festen Stiefeln mit Stock und Felleisen auf dem Rücken.

„Servus!"

Ihre Augen liefen an mir herauf und herunter. Etwas Scheues, Betretnes, Ablehnendes kam in ihre Gesichter.

Und da — wie wunderbar der Mensch doch trotz mancher offenkundiger Mängel eingerichtet ist! — da fiel mir im Gehirn schlagartig eine Klappe herab: der Abgerissene von damals kam mir in den Sinn. Ich sah an mir hinab und mich fror plötzlich. Es war nicht das erstemal, daß mir dieser Aufzug mißfiel. Aber nie hatte ich mich mit dieser grauen Farbe und diesem bösen Geschmack auf der Zunge empfunden, wie in diesem Augenblick, da zwei zünftige Burschen wie meine bessere Vergangenheit vor mir standen. Denn wie gesagt: das Leben arbeitet manchmal mit aufdringlich-kitschigen, abgeklapperten Symbolen.

Schon zwei Tage später hämmerte ich in der Werkstatt eines alten krummer Meisters, wurde seßhaft und entwickelte mich im Laufe eines milden Winters zu einem Steuerzahler der 7. Klasse.

Doch wie im Frühling die ersten Schwalben und die ersten Steuerzettel geflogen kamen, packte mich ein neues Fieber und packte ich ein neues Felleisen.

Und ging mit festen Stiefeln davon, um Ruhr und Wupper zu sammeln.

Die Landarbeiterin.

Den arbeitsgekrümmten Rücken gebeugt, geradeaus gerichtet den starren Blick, so schafft sie, die Landarbeiterin.

Mehr als drei Jahre sind ins Land gegangen, seit ihr sorgender Helfer hinauszog, die Grenzen zu sichern. Mehr als drei Jahre! Indessen blieb sie zurück bei der geringen Habe, bei den Kindern. Ohne Hilfe bei schwerer Arbeit. Denn der Acker fordert den Menschen, und harte Tage gehen der Ernte voran.

Gewiß, die Frau auf dem Lande ist auch in Friedenszeiten nicht verzärtelt worden. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend hat sie die arbeitsharten Hände regen müssen. Die schöne Redensart: „Die Frau gehört ins Haus!" hatte für sie nie Geltung. Ist sie kleine Besitzerin, dann zwingt die Not schon zur Anspannung aller Kräfte. Die Tagelöhnerin aber ist meist schon vertraglich zu angespannter Tätigkeit auf den Gutshöfen verpflichtet. Wehe ihr, wenn sie dieser ihrer Verpflichtung nicht pünktlich nachkommen würde!

Aber das verbietet sich ja schon von selbst. Denn leider war auch in jenen guten Tagen der Mann selten in der Lage, seine Angehörigen selbst zu ernähren. Da mußte die Frau schon eingreifen. Und sie tat es gern, soweit es möglich ist, denn in ständiger Arbeit ist sie groß geworden. Sie ist ihr Bedürfnis.

Aber sie lebt nicht nur, um zu arbeiten. Und wenn sie jetzt im Schweiße ihres Angesichts schafft, wenn auch des Mannes schwere Arbeitsbürde, die man ihr heute aufzwingt, sie nicht niederdrückt, so tröstet sie einzig das Bewußtsein, daß es so nicht immer bleiben kann, daß es besser werden muß auf Erden.

Das hält sie, das hebt sie empor. Nicht ganz spurlos wird das große Erleben dieser Jahre an ihr vorübergehen. Die Lehre ist ihr eingeprägt, daß ein fester Zusammenhalt gleichdenkender Leidensfreunde viel, wenn nicht alles erreichen kann. Sie wird sich ihren arbeitenden Brüdern und Schwestern anschließen, und mit ihnen vereint für eine bessere Zukunft kämpfen.

W. J. Lenin.

Der Bote der russischen Revolution, das Auslandsorgan der Bolschewiki, bringt aus der Feder W. Orlovskis eine Charakteristik des Führers der bolschewikischen Revolution.

Im Jahre 1903, als die bekannte Spaltung in der russischen Sozialdemokratie entstand, wurde seitens der Menschewiki der Ausdruck „die eiserne Faust Lenins" lanciert. Der Ausdruck ist gut: er ist wirklich ein Mann mit der eisernen Faust — ein willenskräftiger, zäher Charakter, der vor keinem Widerstande zurückweicht, sich durch keine Mißerfolge entmutigen läßt, zu seinem Ziele unermüdet und beharrlich geht.

Er ist ein Mann mit eiserner Faust, mit eisernem Charakter und mit eisernen Nerven.

In einem anderen Milieu wäre aus ihm ein hervorragender Gelehrter, ein tüchtiger Staatsmann, ein unermüdeter Pionier der Sache, der er sich gewidmet hätte, geworden. In Rußland, wo alles Ehrliche und Tüchtige notwendigerweise oppositionell wurde, konnte er nur ein Revolutionär werden, und dabei nur ein linksstehender Revolutionär. Denn jeden Gedanken muß er konsequent bis zu letzten Schlüssen durchdenken und jedes Handeln bis zu Endresultaten treiben.

Und so wurde er Sozialdemokrat. Der Name, den ihm sein im Jahre 1889 hingerichteter Bruder hinterließ, erleichterte ihm den Zutritt zu der Partei; aber das war auch kaum nötig. Durch seine Begabung, durch seine Kenntnisse und durch seine Energie erreichte er bald die führende Stellung in der Partei.

Es waren Jugendjahre der russischen Sozialdemokratie. Die Partei existierte eigentlich noch nicht. Der erste Versuch, die zerstreuten sozialdemokratischen Organisationen zu einer Partei zu sammeln, endete mit Verhaftung der meisten Kongreßdelegierten. Die Bewegung und die Organisation waren in Rußland noch zu schwach, die Polizeiverhältnisse zu schwer, als daß man im Lande selbst ein tatkräftiges Zentrum bilden konnte.

Das verstand Lenin, der die Jahre 1887 bis 1889 im Exil in Sibirien verbrachte, und nach einer Verständigung mit seinen damaligen Freunden Martoff und Potreßoff begaben sich alle drei samt einigen anderen Genossen, nach dem Auslande und gründeten dort, zusammen mit Plechanoff, Axelrod und Sassulitsch, die Zeitung „Iskra" (Der Funke).

Nun begann die Periode des Aufbaues unserer Partei, und — ohne die Verdienste anderer Genossen zu vermindern — muß man gestehen, daß diese Periode unter dem Zeichen Lenins steht, daß er die Seele dieser Bewegung war. Die Idee bestand in der Bildung einer Partei auf dem Wege systematischer Propaganda, zu welchem Zwecke das Blatt dienen sollte. Der Bau der Partei geschah von oben, aber gleichzeitig entstand eine spontane Massenbewegung von unten, welche in den Iskra-Komitees Organisationszentren, Vertretungsorgane fand. Dieser Organisationsplan hat sich in der Revolution vom Jahre 1905 als vollständig richtig erwiesen: die Massenbewegung der Arbeiter ging überall unter dem Zeichen der Sozialdemokratie und der „Iskra".

Aber vor dieser ersten Revolution kam es zur Spaltung der Partei. Es war „eine alte Geschichte" — zwei Psychologien, hinter denen zwei große Gruppen des Proletariats standen: die Fabrikarbeiter und die Arbeiterschaft der Kleinbetriebe — eine Teilung, die auch in manchen europäischen Arbeiterorganisationen entstand. Daß Lenin das Haupt des revolutionären Flügels wurde, das konnte man leicht vorhersehen.

Die Revolution im Jahre 1905 hat Lenin die Rückkehr nach Rußland ermöglicht. Aber nur kurze Zeit konnte er dort ganz legal wirken. Schon im Frühjahr 1906 begann die Reaktion und im Juli dieses Jahres fühlte sie sich so stark, daß sie auch die zweite Duma auseinanderjagte und das Wahlgesetz änderte. Lenin ließ sich in Finnland, unweit von Petrograd, nieder. Von dort aus entwickelte er seine energische Tätigkeit bis April 1907, wo er mit anderen zum fünften Parteitag nach London fuhr, um nicht mehr nach Rußland zurückzukommen. Erst die neue Revolution hat ihm die russische Grenze wieder eröffnet.

Wie alle großen, charakterfesten Leute, wird Lenin entweder heiß geliebt oder stark gehaßt. Für seine Gegner ist er ein Ungeheuer, für das nichts Heiliges existiert, das aus lauter Wollust im Blute watet und ehrgeizig nach der Staatsgewalt strebt. Für seine Anhänger dagegen, und besonders für die Arbeiter, ist er beinahe ein Götze. Er ist wirklich ein Mann, der Männer und Massen fortreißen kann. Kein großer Redner im ästhetisch-technischen Sinne des Wortes, spricht er doch mit solcher Ueberzeugungskraft und solchem Aufschwung, daß Tausende von Menschen rasend werden. Der Kontakt mit der Masse regt ihn auf, und er besitzt das Geheimnis, seine eigene Ueberzeugung und seinen Glauben der Masse mitzuteilen. Dabei ist seine Rede schlicht, frei von jeglicher Ornamentation, sachlich und klar. Das sind keine Bilder, die aus seiner Rede emporströmen, das sind Taten.

Aber dieses Ungeheuer, das mit „eiserner Faust" jeden Widerstand niederschmettert und „nach Blut lechzt", sieht ganz anders aus, wenn man mit ihm zusammen am Arbeitstisch sitzt und Pläne entwirft, Manuskripte durchliest oder etwaige praktische Fragen bespricht. Keiner ist so willig, fremdem Rat zu folgen, wenn der Rat gut ist, keiner erlaubt so gutmütig, seine Manuskripte zu redigieren und zu „modifizieren", keiner unterwirft sich so gerne der Meinung der Majorität. Aber gewiß, wenn er nicht überzeugt ist, daß dadurch die Interessen der Partei und der Arbeiterklasse Schaden erleiden. Dann steht er fest bei seinen Forderungen, auch wenn es Bruch mit den besten Freunden gelten sollte.

Kleines Feuilleton

Streckungsmittel für Tabak.

Bei dem großen Mangel an Tabak ist es erklärlich, daß man versucht, alle möglichen Pflanzen als Ersatz heranzuziehen. Auf dem Lande ist denn nun auch der verflossene Sommer fleißig benutzt worden, um Tabakersatzstoffe zu sammeln. Es sind da an erster Stelle die Blütenblätter der Rose zu nennen, die mit angenehmem Aroma verglimmen. Die abfallenden Blütenblätter, namentlich jene der roten Rosen, werden gesammelt, in flachen Schichten an der Luft getrocknet und dann dem Tabak beigemischt. Ein anderes Mittel, den Rauchtabak zu strecken und zu verfeinern, gibt die getrocknete Lindenblüte, die nach Entfernung von Stiel und Deckblatt dem eigentlichen Rauchtabak zerkleinert beigemengt wird. Der Tabak soll durch diese empfohlenen Blütenzusätze an Güte und Bekömmlichkeit keineswegs einbüßen. Zu den von altersher bekannten Streckmitteln und Geruchszusätzen für den Tabak gehören u. a. getrocknete und zerschnittene Spitzwegerichblätter, das Laub von Sauerkirschen, Huflattich, Waldmeister und Lavendel. Allein werden diese Blätter wohl nie als Tabakersatz gebraucht. Meist werden größere, an sich nicht wohlriechende Blätter vom Nußbaum, von der Buche usw. benutzt und durch die feineren Blätter „parfümiert". Vor dieser Benutzung von Baumlaub warnt Richard Lippmann, weil die Blätter nur aus Holzfasern bestehen mit hohem Kohlstoffgehalt. Als angenehme und unschädlichste Rauchblätter empfiehlt er auf Grund eigenster ausgedehnter Versuche Hopfenblätter, die bei ihrer Lagerung und Behandlung eine Gärung durchgemacht haben. Diese Hopfenblätter sollen unter der Bezeichnung „Karlsbader Rauchblätter" in den Verkehr gebracht werden.

Das Schwein im Urteil des Phrenologen.

Der bekannte schwedische Phrenologe (Schädelkundige) Sten Frödin erzählt folgendes lustige Stückchen aus seiner Praxis. Am Tage nachdem er in einer kleinen Provinzstadt einen Vortrag gehalten hatte, kam ein Bauersmann in seine Sprechstunde, schwang einen Sack von der Schulter und sagte: „n' Dag." — „Guten Tag", erwiderte Frödin, und im selben Augenblick quietschte es vergnügt aus dem Sack, quietschte wie ein richtiges kleines Schwein quietscht. Im nächsten Augenblick ging der Sack auf, und ein allerliebstes rosiges Ferkel kam herausspaziert. „Was soll denn das?" fragte der Phrenologe verdutzt. — „Ja, sehn Se, das Ferkel hat sich alleweil so apart von die andern gehalten. Und wie ich jung war, da hat Andersohn von meinem Dorf ein Ferkel an so 'nen Zirkusmann verkauft, und dat Schwein is nachher im ganzen Lande bekannt geworden, möcht ich sprechen. Und nu hab' ich gedacht, ob Sie wollten mein Ferkel dahier untersuchen, ob's am Ende auch als Zirkusschwein taugt, weil Andersohn dazumal für seins 60 Kronen gekriegt hat, und das Ferkel hier ist wirklich 'n Schenie in seine Art!" — „Bitte, setzen Sie sich," sagte schnell und gefaßt Frödin, nahm seinen Schädelmesser und setzte ihn auf den Kopf des Bauern an. Dann maß er auch den Schädel des Schweins. „Haben Sie jemals Neigung für das Zirkusleben gezeigt?" meinte er darauf höflich. — „Ich? Nä!" — „Nun," sagte der Phrenologe, „dann hat auch das Schwein diese Anlage nicht. Denn die beiden Schädel sind ganz gleich."

Drahtlose Telegraphie auf Spitzbergen.

Auf Spitzbergen wurde eine Station für drahtlose Telegraphie eingerichtet, genau zwanzig Jahre nachdem diese arktische Inselgruppe das erstemal durchquert und in ihrem Innern näher durchforscht wurde. Die dort entdeckten Kohlenflöze haben sich als sehr mächtig und weit ergiebiger erwiesen, als ihre Entdecker sich haben träumen lassen. Das Vorkommen von Steinkohlen beweist aber, daß auch diese noch heute dauernd nur von Eisbären, Renntieren, Polarfüchsen und Myriaden von Vögeln bewohnten Eilande einst ein recht warmes Klima und einen reichen Pflanzenwuchs besessen haben müssen. Durch die Auffindung von Kohlen ist übrigens in neuerer Zeit die einzige menschliche Siedlung, Green Harbour, dort oben erstanden. Vor dem Kriege wurden die Inseln der nadelspitzen Berge bekanntlich auch von vielen Touristen besucht.

Heiteres

Eine peinliche Geschworenenliste. Ein amerikanischer Schneidermeister, so erzählt die „Liberte", wird demnächst einem Geschworenengericht unter der Anklage eines schweren Verbrechens vorgeführt werden. Der Verteidiger las ihm die Liste der zu seiner Verhandlung ausgelosten Geschworenen vor, und als er damit fertig war, sank der Schneidermeister zusammen, indem er entsetzt ausrief: „Ich werde zum Tode verurteilt!" „Warum denn?" fragte der Rechtsanwalt verblüfft. „Weil sämtliche Geschworenen von mir Anzüge bezogen und noch nicht bezahlt haben."

Von der Front. Ich habe meine Kompagnie in einer Mühle einquartiert. Leider wimmelt es von Ratten, und wir können nachts auf dem Strohlager kein Auge schließen. Ueberall huscht und quiekt es, und die leuchtenden Augen der Biester tanzen wie niederträchtige kleine Sterne durch die Dunkelheit. Plötzlich ertönt durch das ungemütliche Dunkel der tiefe Baß des dicken Gefreiten Müller, der seine Ruhe auch in der schwierigsten Lage nicht verliert. Müller stößt seinen Nebenmann an und ruft: „Du, Fritze, wenn det lauter Mächens wären!"

Träumerei. In meinem Etappennest fehlt es nicht an Vergnügungen. Es gibt ein von Soldaten geleitetes Kino und ein aus Soldaten zusammengestelltes vortreffliches Kammermusik-Quartett. Meinen Stubengenossen, einen treuherzigen Schifferknecht, suche ich zu Höherem zu erziehen und locke: „Peter, komm mit ins Konzert, ausgezeichnetes Programm, als erstes Träumerei von Schumann!" — „Ne, laß man!" brummt er aus seiner Ecke. „Ick jehe ins Kino, mich is das ejal, wat der Zirkusfritze geträumt hat!" (Jugend.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.